



**DIE LINKE** Baden-Württemberg in Aktion  
Landessprecher Elwis Capece und Genoss:innen beim Ostermarsch

## Schwerpunkt:

# Arbeits- und Verteilungskämpfe

**Streik, Protest und linker Parlamentarismus**

**S. 4-12**

## Inhaltsverzeichnis

### Aus der Partei Seite 3

Bericht Landesausschuss mit Martin Schirdewan und Bedia Özgökçe Ertan

### Schwerpunkt: Arbeits- und Verteilungskämpfe Seite 4

Kampagnenstart Umsteuern  
Seite 5

Es geht um mehr als nur um Lohnerhöhungen

Seite 6  
Gewerkschaftsratschlag in Zeiten von Krise und Inflation

Seite 7  
2023 ist ein Streikjahr

Seite 8  
Die Vier-Tage-Woche?

Seite 9  
Gegen Macrons Rentenreform

Lauterbach plant einen Klinikahlschlag

Seite 10  
Weiterbildung – Privileg für Besserverdiener?

Seite 11  
Müllabfuhr in öffentlicher Hand

### Aktionsposter S.12-13

### Feminismus

Seite 14  
UN-Frauenrechtskonferenz

Seite 15  
3. Landesfrauen\*Konferenz DIE LINKE.  
Landesfrauen\*beauftragte neu gewählt

Seite 16  
Zeit für Mannheims erste Oberbürgermeisterin

Gute Arbeit und Klasse Kitas

600 Aufrufe zum Frauentag am 8.März

### Kommunalpolitik

Seite 17  
LINKer Aufbau auf dem Land

Flyer: Lust auf Kommunalpolitik?

Seite 18  
Sanierung des Postgiroamtes Karlsruhe  
Reduzierte Jugend- und Deutschlandtickets

## Editorial:

*Liebe Genoss:innen und Genossen*

es ist wieder soweit und ihr haltet ein neues Landesinfo in den Händen. Diesmal haben wir in der Redaktion ein wenig länger gebraucht um vom Einsendeschluss der Texte zum Layout zu kommen. Neben ganz privaten Gründen, wie dass auch Genoss:innen ab und zu mal kurz Urlaub nehmen, gab es diesmal vor Allem erfreuliche Gründe dafür. Der Gewerkschaftsratschlag in Karlsruhe war so gut besucht, dass wir ihn auf jeden Fall noch aufnehmen wollten, auch wenn er terminlich etwas spät lag. Vor allem aber klappt das Zugehen auf die Genoss:innen vor Ort immer besser und mit jeder Ausgabe steigt die Anzahl selbstständiger Einsendungen an die Redaktion. Weiter so! Entsprechend können wir diesmal eine Ausgabe präsentieren, die Beiträge aus allen Teilen des Bundeslandes versammelt und einen immer besseren Eindruck der Arbeit unserer Partei vor Ort gibt.

David Schecher für die Redaktion des Landesinfo

## Gratulation nach Bremen

DIE LINKE erhielt bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft über 11 Prozent der Stimmen. Martin Schirdewan, Parteivorsitzender, sagte gegenüber der ARD, er freue sich «über dieses großartige Ergebnis»:

Die Linke sei eine «moderne Gerechtigkeitspartei», und die Bremer haben ihr Vertrauen geschenkt.

Die Parteivorsitzende Janine Wissler sieht das gute Abschneiden in Bremen als Ergebnis einer klaren inhaltlichen Ausrichtung im Wahlkampf.

„Bremen zeigt gut, dass wir bei Wahlen erfolgreich sein können, wenn wir verankert sind, wenn wir gute praktische Politik machen und vor allem, wenn wir die Inhalte nach vorne stellen. Beigetragen zum Wahlerfolg hätten auch die Beliebtheit der Spitzenkandidatinnen Kristina Vogt und Claudi Bernhard

### Seite 19 Kommunalpolitik ist Realpolitik

Abgeordneter im Kommunalparlament

### Klima

Seite 20  
flächenschonende, effiziente regenerativen Energieerzeugung

Reiche müssen für die Rettung des Klimas bezahlen

Seite 21  
Hunderte fordern Solidarität

Bus und Bahn ausgebaut und bezahlbar

Seite 22  
Lebensqualität und kommunale Daseinsvorsorge für Alle

### Wohnpolitik

Seite 23  
Mehr an bezahlbaren Wohnungen!

Andere Wohnungspolitik möglich und nötig!

Seite 24  
Mieten runter

### Antirepression

Verlierer Palmer

Seite 25  
AFD -LPT - Knüppel aus dem Sack

### Frieden

Seite 26  
Landesweit auf den Ostermärschen

### Aus der Partei

Einberufung Landesparteitag

Seite 27  
Regionalkonferenz zur Wahl der Europaliste  
Internationales

Türkisches Wahlinformationsbüro

### Impressum:

**Bezug:** Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint mehrmals im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber, Redaktion und Verlag:** DIE LINKE. Baden-Württemberg, Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart, Tel: 0711/241045, info@die-linke-bw.de

**Redaktion:** Walter Kubach, David Schecher, Bernhard Strasdeit, Claudia Haydt (verantwortlich), Lisa Neher., Enes Muric, Sahra Mirow  
Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, Leser:innenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

**Druck:** VisitYou.de, Stuttgart

Beilage: Zeitschrift *links* der Bundestagsfraktion

**Spendenkonto** DIE LINKE BaWü  
Postbank Stuttgart; BIC: PBNKDEFF  
**IBAN: DE58 6001 0070 0289 5827 00**  
bei Spenden bitte Absendeadresse angeben.



## Landesausschuss: Beschlüsse zu Finanzen, Positionspapier zum Ukraine-Krieg und prominenter Besuch – Martin Schirdewan und Bedia Özgökçe Ertan (HDP)

Der Landesausschuss traf sich am 25. März im Ver.di-Haus in Karlsruhe. Für den Kreisverband Karlsruhe begrüßte Jürgen Creutzmann.

Landessprecher Elis Caprice berichtete aus dem Landesvorstand. Dieser hat sich zuletzt vor allem mit der Landeskampagne Mieten runter! und der Bundeskampagne Umsteuern befasst. Der Landesvorstand ruft dazu auf, an den Ostermärschen teilzunehmen. Ob Aufrufe mitgezeichnet werden, müssen die Kreisverbände im Einzelfall entscheiden. Der vom KV Leipzig ins Spiel gebrachte Vorschlag eines Sonderparteitages wird vom Landesvorstand nicht unterstützt.

Sehr emotional berührt hat das Grußwort von Bedia Özgökçe Ertan. Die ehemalige HDP-Oberbürgermeisterin von Van lebt mittlerweile in Deutschland im Exil. Bedia bedankte sich für die Solidarität der Linken mit der kurdischen Bewegung und der HDP. Die HDP steht vor einem Verbotsverfahren vor dem Verfassungsgericht am 11. April, weshalb sie nicht zu den bevorstehenden Wahlen antritt; sie unterstützt bei den Wahlen die Partei der Grünen Linken (YSP). Wesentliches Ziel ist, die Einmann-Diktatur Erdogans zu beenden, das Präsidialregime abzuschaffen und die AKP/MHP-Regierung aus dem Amt zu jagen. Im Rahmen des Grußwortes wurde für Erdbebenopfer in der Türkei gesammelt. 310 Euro gehen an den Kurdischen Roten Halbmond.

Aus der Bundestagabgeordneten-Landesgruppe berichtete Gökay Akbulut: Es wurden maßgebliche Anträge zum Weiterbildungsgesetz für Langzeitarbeitslose, zum kostenfreien ÖPNV, der Transformation der Automobilbranche, zur Stärkung von Betriebsräten und zum Ausbau des Elternschutzes und Erhöhung des Elterngeldes gestellt. Im Rahmen des internationalen Frauenkampftags reiste Gökay zur UN-Frauenrechtskonferenz nach New York. Sie zeigte sich sehr beeindruckt, vor allem von der begleitenden Konferenz der NGOs.

Claudia Haydt berichtete von der Landesgeschäftsführer\*innen-Konferenz, in der erste Entwürfe für ein neues Corporate Design für die DIE LINKE gezeigt und akute Umfragen vorgestellt wurden.

Landesschatzmeisterin Kathleen Kamprath stellte den Finanzbericht vor. Der Finanzplan 2023 wurde einstimmig angenommen. Die Wahlergebnisse und der Mitgliederschwund wirken sich natürlich auch auf die finanzielle Ausstattung des Landesverbandes aus, jeder Euro mehr hilft. Die Mitglieder sollen gebeten werden, zu überlegen, ob sie sich eine Erhöhung des Beitrags leisten können. Die Mitgliederentwicklung in Baden-Württemberg seit Jahresbeginn ist erwartungsgemäß negativ, es gibt aktuell 3.658 Mitglieder, 110 Austritte, 19 Eintritte seit Jahresbeginn. Die Anzahl der weiblichen Mitglieder beträgt 29 Prozent.

Vom aktuellen Stand der Vorbereitungen für die Kommunal- und Europawahl berichteten Claudia Haydt und Jürgen Creutzmann. Der Programmprozess für die Europawahl hat begonnen. Jetzt werden die Kandidierenden gesucht. Gut wäre es, wenn mehrere aus unserem Landesverband auf der Liste kandidieren, um möglichst viele Veranstaltungen und Podien bespielen zu können. Am 18./19. November 2023 findet der Europaparteitag, bei dem das Programm beschlossen und die Liste aufgestellt wird, in Augsburg statt. Die Vertreter\*innen aus Baden-Württemberg für die Listenaufstellung werden in vier regionalen Mitgliederversammlungen Ende September /



Anfang Oktober gewählt.

Zur ebenfalls im Mai 2024 stattfindenden Kommunalwahl lag ein vorläufiger Stand der Kandidaturen und ein Fahrplan vor, dieser muss sukzessive ergänzt werden. Eine Arbeitsgruppe erarbeitet derzeit ein 10-Punkte-Wahlprogramm, das im Frühsommer vorliegen soll. Es wird dringlich dafür geworben, Personen anzusprechen, die als Kandidat\*innen für die Gemeinderäte oder Kreistage in Frage kommen. Unterstützung gibt es von der Landesgeschäftsstelle und den Büros, außerdem sollten Unterstützungsgruppen gebildet werden.

Mehrheitlich beschlossen wurde die Auflösung des Kreisverbandes Kraichgau-Neckar-Odenwald. Die einzelnen Kommunen werden auf die Kreisverbände Heidelberg / Badische Bergstraße, Rhein-Hardt, Heilbronn-Unterland und Main-Tauber aufgeteilt.

Lisa Neher berichtete zum Stand der Mietenkampagne. Der bisherige Zeitplan, mit der Sammlung der Unterschriften im Juli 2023 wurde aufgrund der vielen Termine im Vorfeld des Europaparteitages in Frage gestellt. Der Landesausschuss beschloss mehrheitlich, dass der Sammlungsstart für die Unterschriften erst im Frühjahr 2024 beginnen und mit dem Wahlkampf für die Kommunal- und Europawahl verknüpft werden soll. Es wird aber Angebote geben, um die Zeit zu überbrücken.

Erste Materialien für die Bundeskampagne „Rückverteilen“ werden zum ersten Mai vorgelegt. Das Motto soll lauten: Holen wir uns den Reichtum zurück. Eine gemeinsame Aktionswoche ist vor den Sommerferien geplant, so der Bericht von Bernd Riexinger.

Der Landesausschuss freute sich, Co-Vorsitzenden Martin Schirdewan, begrüßen zu können. Martin nahm zur aktuellen politischen Lage und zu innerparteilichen Fragen Stellung. Die folgenden zwei Stunden wurde lebhaft und kontrovers, aber immer fair debattiert.

Zum Schluss stellte Thomas Haschke das auf einem Entwurf des Kreisverbands Freiburg basierende Positionspapier zum Ukrainekrieg vor. Mit kleineren Änderungen wurde dieses Papier mehrheitlich beschlossen. Der Beschluss ist auf Seite 26 dokumentiert.

Die Versammlung endete mit einer Stunde Verspätung. Der nächster Landesausschuss findet am 16. September 2023 statt. Der Ort muss noch bestimmt werden. Anwesend waren 63 Personen, davon 47 stimmberechtigte Delegierte, die 23 Kreisverbände vertreten haben. 7 Delegierte der LAG's und 4 vom Landesvorstand waren anwesend. Linksjugend [Solid'] war nicht da.

## Arbeits- und Ver

Schwerpunkt dieser Ausgabe sind die s  
Monate. Während in Deutschland Streiks  
Jahrzehnten nicht mehr geführt werden  
die Protestsituation zu, wie wieder e

## Kampagnenstart der LINKEN

## Umsteuern – holen wir uns den Reichtum zurück

Steigende Preise bei Energie und Lebensmitteln sowie die Inflation machen einen Schutzschirm für die Menschen dringend notwendig – Entlastungsgelder, Preisdeckel, höhere Löhne und Sozialleistungen. Systemische Probleme sind überdeutlich geworden. DIE LINKE hat sie zum Thema gemacht: Der Markt taugt nicht für eine verlässliche, geschweige denn gerechte Versorgung der Bevölkerung.

**Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand.**

Die Ampel hat begonnen zu reagieren, ihre Programme entlasten nur teilweise von den hohen Energiepreisen – gleichzeitig bedienen sie die überhöhten Preise auf dem Markt. Damit sichern sie auch hohe Profite für Wenige. Die Krisen sind selbst Treiber der sozialen Ungleichheit: Das Armutsrisiko steigt, die Reichen werden reicher. Die Übergewinnsteuer für (alle) Krisengewinne ist ein notwendiges Gegengewicht. Es braucht eine Rückverteilung von oben nach unten. Nicht als milde Gabe der Reichen, sondern weil der Reichtum, den alle erwirtschaftet haben, ungerecht verteilt ist. Und es braucht grundlegende Veränderungen: Die Öffentliche Daseinsvorsorge muss dem Markt entzogen werden. Was für alle da ist, muss allen gehören und zum Wohle aller – nicht für den Profit der Wenigen – organisiert werden. Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten. Die enorme Anhäufung von Reichtum gefährdet unser Existenz, unsere Demokratie, unser Zusammenleben und die Natur. Wir richten den Blick auf diejenigen, die unvorstellbar großes Vermögen und Macht anhäufen, statt wie die Rechten und Konservativen, Menschen mit mittleren oder geringen Einkommen gegeneinander auszuspielen. Während SPD, Grüne und viele gesellschaftliche Akteure sich grundsätzlich für eine Vermögenssteuer aussprechen, blockiert die FDP sämtliche Vorhaben in diese Richtung. Diese Blockade wird von SPD und Grüne nicht zum Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen gemacht, sondern schlicht und einfach verschwiegen. Eine aktuelle Studie zeigt das Dilemma auf, es gibt breite gesellschaftliche Mehrheiten für diese Forderungen, aber das Thema Steuern gilt als „Loser-Thema“. „Steuermythen“ gibt gerade Menschen aus der Mittelschicht das Gefühl, womöglich selbst von höheren Steuern betroffen zu sein. Dieser Legendenbildung treten wir entgegen. Ein

breites gesellschaftliches Bündnis zur Einführung einer Vermögenssteuer ist längst da, es muss aber zusammengeführt werden. In unserer Akteursfeldanalyse wird deutlich, wie viele Akteure bereits dafür sind. Auch aus verfassungsrechtlicher Sicht spricht nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung nichts dagegen. Schlussfolgerung: Als LINKE müssen wir grundsätzlich deutlich sprechfähiger

„Unser Ziel lautet: Bis zur Bundestagswahl 2025 wird das Thema Rückverteilung & ökonomische Ungleichheit als relevantes, dringliches und veränderbares Problem wahrgenommen und ein wahlentscheidendes Konfliktfeld.“

bei den Themen Finanz- und Wirtschaftspolitik werden um hier mehr Kompetenzwerte zu erhalten. Es braucht lokale und bundesweite Bündnisse für eine Rückverteilung von oben nach unten. Die Umsteuern-Kampagne wird daher zu einer bundesweiten zentralen Kampagne, die mit deutlicher Zuspitzung die Auseinandersetzung mit der Finanz- und Sozialpolitik der Ampel-Regierung sucht. Neben dem Kampf um Diskurspräsenz auf Bundesebene soll die Kampagne auf regionaler und lokaler Ebene lebendig werden. Landes- und vor allem Kreisverbände sollen dazu motiviert und dazu in der Lage sein, die zentralen Kampagnenmotive in lokale Konflikte und Aktivitäten zu übersetzen und vor Ort konkrete Forderungen aufzustellen und gewinnbare Ziele zu setzen. Durch diesen Ansatz und einer bundespolitischen Klammer wird DIE LINKE dabei den unterschiedlichen Gegebenheiten von Stadt und Land sowie Ost und West am besten gerecht. Dabei sollen Methoden der organisierenden Kampagnenarbeit mit einem aufsuchenden Ansatz in der Partei weiter etabliert werden. Die Kampagnenarbeit soll durch technische Tools wie der LINKEN App oder Linksaktiv auf allen Ebenen unterstützt werden.

**Unser Ziel lautet:** Bis zur Bundestagswahl 2025 wird das Thema Rückverteilung & ökonomische Ungleichheit als relevantes, dringliches und veränderbares Problem wahrgenommen und ein wahlentscheidendes Konfliktfeld. DIE LINKE wird dabei als Akteur der Veränderung wahrgenommen.

- Wir bauen Druck auf, für eine Zurückverteilungsoffensive, das heißt Umverteilung von oben nach unten, von privat zu öffentlich.
- Wir wollen eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Menschen erreichen.
- Mit einer klaren Gegnerorientierung (Bundesregierung & Krisenprofiteure) schärfen wir unser Profil. • Durch organisierende Kampagnenarbeit gewinnen wir neue Mitglieder und stärken unsere (lokalen) Parteistrukturen sowie unsere gesellschaftliche Verankerung.
- Wir setzen dem Kulturkampf von Konservativen und Rechten eine Orientierung für Gleichheit entgegen und verschieben die öffentliche Auseinandersetzung mit der Ampel-Regierung nach links.
- Bundesweite Kämpfe für gute Arbeit und Tarifauseinandersetzungen unterstützen wir aktiv. Die gewerkschaftliche Verankerung soll durch gezielte Aktionsschwerpunkte gestärkt werden.
- Wir machen öffentlich deutlich, dass Klimaschutz und damit das Pariser-Abkommen nur mit Umverteilung funktionieren kann. [www.preise-deckeln.de](http://www.preise-deckeln.de)

„Aber eine Partei ist nicht, was sie von sich sagt und glaubt, sondern was sie tut.“ (Rosa Luxemburg, 1900)





## Verteilungskämpfe

sozialen Auseinandersetzungen der letzten Jahre mit einer Stärke und Verhemenz wie seit langem nicht mehr, spitzt sich auch in den Nachbarländern und einmal Frankreich unter Beweis stellt.

in den Jahren zuvor. Vor allem die Auseinandersetzungen in den verschiedenen Bereichen des Öffentlichen Dienstes finden, völlig zu Recht, in der Öffentlichkeit statt. Konnten die Preissteigerungen und die damit gestiegenen finanziellen Belastungen

## Es geht um mehr als nur um Lohnerhöhungen

Die Tarifverhandlungen 2023 zwischen den Gewerkschaften und den verschiedenen Arbeitgeberverbänden werden in einer intensiveren Auseinandersetzung geführt als

leren Einkommensgruppen. Die seit Jahren steigende Arbeitsbelastung bei gleichzeitiger Ausdünnung der Personaldecke wird von den Gewerkschaften seit Jahren diskutiert. Scheint die Arbeitgeberseite auf allen Ebenen wenig zu interessieren. Schließlich sind Personalkosten eine wichtige Stellschraube um die wirtschaftlichen Ergebnisse zu optimieren. In vielen Branchen hat die Qualität der Berufsausbildung ein schlechtes Niveau, entsprechend gibt es für viele Berufe kaum noch den vielbeschworenen Nachwuchs. Leidtragende sind auch die Betriebe die dem Berufsnachwuchs eine gute Perspektive bieten aber dem negativen Image einiger Branchen (z.B. die Hotellerie und viele Handwerksberufe), trotz aller Bemühungen nichts entgegensetzen können. Dazu kommen, der Vollständigkeit halber erwähnt, das Steigen von Jobbefristungen, Leiharbeit und der Druck ständig Mehrarbeit leisten zu müssen. Die von der IG Metall erkämpfte 35-Stundenwoche oder die in vielen Tarifverträgen etablierte 38-Stundenwoche sind für viele Frauen und Männer im Job oft graue Theorie.

Gut, dass es neben den Verhandlungen um angemessene Einkommenssteigerungen auch eine stärkere Diskussion darüber gibt wie sich die Arbeitsbedingungen an die sich veränderten Bedürfnisse der Beschäftigten anpassen. Denn der Wunsch nach mehr Selbstbestimmung bei der Gestaltung der Arbeit hat, vor dem Hintergrund der oben genannten Punkte, an Bedeutung gewonnen.

Hierzu passt die aktuelle Debatte darüber wie sich die Arbeitszeiten entwickeln sollen. Die Verteilung der Arbeitszeit auf 4 statt 5 Arbeitstagen wird gerade, vor dem Hintergrund einiger guter Beispiele aus der Praxis, intensiv diskutiert. Es ist wichtig für Die Linke die Debatte aufzugreifen und die Gewerkschaften dabei zu unterstützen Modelle im Interesse der Beschäftigten zu entwickeln.

Denn diejenigen Arbeitgeberverbände, die darin die Chance sehen auch hier die wirtschaftliche Risikobelastung an die Frauen und Männer am Arbeitsplatz abzuwälzen stehen schon in den Startlöchern. Wer sagt denn, dass die 4 Tage Woche nur von Montag bis Freitag gelten soll? Der Samstag ist schließlich (laut Gesetz) auch ein Werktag. Und Genehmigungen für die Arbeit an Sonn- und Feiertagen sind auch außerhalb von den systemrelevanten Branchen (Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen usw.) relativ einfach zu bekommen. In der Industrie werden

sie mit zunehmender Globalisierung von Wirtschaftskreisläufen durch angepasste Schichtsysteme immer mehr zum Standard.

Es geht um viel mehr als um das möglichst gute Abfedern der derzeitigen Inflationsrate bei den diesjährigen Arbeitskämpfen. Es geht um gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle.

geht um gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle. Deshalb wird es auch in den nächsten Wochen und Monaten Warnstreiks und auch einige Erzwingungsstreiks geben, auch dort wo das öffentliche (mediale) Interesse nicht allgegenwärtig ist. (Übrigens der höchste Tarifabschluss von allen Gewerkschaften im 1. Quartal 2023, auf 12 Monate gerechnet, ist der für die Beschäftigten bei Coca-Cola, mit 10 Prozent).

**Zeigen wir den Kolleginnen und Kollegen auch weiterhin, dass wir fest an ihrer Seite stehen.**

**Elwis Capece, Landessprecher und Gewerkschaftssekretär bei der NGG**



**Genoss:innen aus Karlsruhe: gemeinsam und solidarisch mit ver.di in Aktion**

der Privathaushalte während der sogenannten „Corona Wellen“ für viele Beschäftigte noch halbwegs abgedeckt werden, haben die Steigerung der Lebenshaltungskosten seit dem Ukrainekrieg tiefe Spuren in den Portmonees hinterlassen. Gestiegene Energiepreise, Mieten, Lebensmittel und einiges mehr haben die finanziellen Sorgen vieler Menschen dramatisch verschlechtert. Wieder trifft es vor allem diejenigen die in den niedrigen und schwächeren Entgeltgruppen arbeiten und die Teilzeitbeschäftigten die in unterschiedlichen Arbeitsmodellen beschäftigt sind. Es trifft wieder einmal vor allem die Alleinerziehenden, Frauen und damit auch Kinder. Die ständig steigende Kinderarmut scheint ja schon beinahe eine Normalität geworden zu sein. Hier mit einer vernünftigen Kindergrundsicherung etwas entgegenzusteuern ist für die Ampelkoalition offenbar weniger wichtig als ein rasches Ansteigen der Rüstungsausgaben oder der milliardenschwere Ausbau von Autobahnen, eine besonders interessante Variante der ökologischen Verkehrswende.

Vor allem die Tarifaueinandersetzungen im Gesundheitswesen zeigen exemplarisch, dass es um deutlich mehr geht als um den gerechten finanziellen Ausgleich für die hohen Kostenbelastungen für die Menschen in den niedrigen und mitt-

**„Es geht um viel mehr als um das möglichst gute Abfedern der derzeitigen Inflationsrate bei den diesjährigen Arbeitskämpfen. Es geht um gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle.“**

## Gewerkschaftsarbeit in Zeiten von Krise und Inflation

Gewerkschaftsratschlag der Rosa- Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg

## Arbeits- und Ver

Schwerpunkt dieser Ausgabe sind die so  
Monate. Während in Deutschland Streiks  
Jahrzehnten nicht mehr geführt werden  
die Protestsituation zu, wie wieder e



**Fünfzig aktive Gewerkschafter:innen aus Baden-Württemberg, davon viele organisiert in der LINKEN, trafen sich am 6. Mai im DGB-Haus Karlsruhe zum Ratschlag.**

Im Mittelpunkt der Diskussion standen zunächst die Tarifkämpfe im Öffentlichen Dienst und bei der IG Metall, über die der Landesbezirksleiter von ver.di Baden-Württemberg Martin Gross und Ralf Jaster, Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Reutlingen-Tübingen, berichteten. Beide hoben die breite Aktivierung der Belegschaften in den Tarifrunden und die dort gemachten Lernerfahrungen hervor, die für die Durchsetzungskraft und die Zukunft der Gewerkschaften entscheidend seien. Dass es dennoch nicht gelungen sei, trotz einer positiv zu bewertenden starken sozialen Komponente im Abschluss des Öffentlichen Dienstes, einen Abschluss zu erreichen, der die Kaufkraftverluste der Beschäftigten ausgleicht, habe neben der Verweigerungshaltung der Arbeitgeber und der schwierigen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen eine Reihe von strukturellen Ursachen: die Ausbreitung unsicherer und tariffreier Beschäftigungsverhältnisse, ein Absinken der Tarifbindung von Betrieben, der Strukturwandel in den Industriebetrieben weg von organisationsstarken Bereichen in der Fertigung hin zu organisationschwachen Bereichen in der Entwicklung, ökonomische Disparitäten zwischen großen und kleinen Betrieben sowie das Erpressungspotential durch die Androhung von Betriebsverlagerungen. Um dem etwas entgegenzusetzen, gelte es die Organisationsmacht der Gewerkschaften auszubauen, durch konsequente Betriebsarbeit die Konfliktbereitschaft an der Basis zu erhöhen,

Solidarität zwischen Betrieben und Beschäftigtengruppen zu organisieren und durch breite gesellschaftliche Bündnisse Druck auf die Politik zu machen für bessere Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse.

Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung und für mehr Personal waren Gegenstand der Diskussion im zweiten Teil des Ratschlags. Christina Zacharias vom Bündnis „Krankenhaus statt Fabrik“ in Karlsruhe machte deutlich, dass die Forderungen nach einer besseren Personalausstattung in den Krankenhäusern, insb. im Bereich der Pflege, und nach Arbeitszeiten, die zum Leben passen, zusammen vorangetrieben werden müssen. Zu wenig Zeit für zu viel Arbeit seien die beiden Seiten der Medaille von Beschäftigung zu Lasten der, zumeist weiblichen, Beschäftigten. Erfolgreiche Kämpfe könnten jedoch nicht nur auf der betrieblichen Ebene geführt werden. Vielmehr gelte es,

die Politik der Ökonomisierung und Privatisierung im Gesundheitswesen zurückzudrängen und die Gesundheitspolitik wieder am Wohle der Patient:innen und Beschäftigten zu orientieren. Dass gesetzliche Arbeitszeitregelungen gerade in den Bereichen der Lebensmittelproduktion sowie des Gaststätten- und Hotelgewerbes eine wichtige Schutzfunktion für die Beschäftigten haben, machte Elis Capcepe, Geschäftsführer der NGG Mittelbaden-Nordschwarzwald, deutlich. Wo Schichtarbeit, Wochenend- und Nacharbeit die Gesundheit der Beschäftigten bereits beeinträchtigt, seien alle Versuche der Arbeitgeber und der Politik, das Arbeitszeitgesetz aufzuweichen, strikt zurückzuweisen. Kämpfe um weniger Arbeits- und mehr Lebenszeit zu einer Kernforderung linker (Gewerkschaft-)Politik zu machen – dafür warb Philipp Frey, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg, der sich mit dem Thema nicht nur politisch, sondern auch wissenschaftlich am KIT Karlsruhe beschäftigt. Er berichtete über positive Erfahrungen mit Experimenten zur Arbeitszeitverkürzung in England und aktuelle Forderungen aus der IG Metall für eine Vier Tage-Woche in der Stahlindustrie. Klar müsse dabei sein: Arbeitszeitverkürzung nur bei vollem Lohnausgleich und, wo notwendig, vollem Personalausgleich!

Dass ein Bedürfnis besteht, dass sich linke Gewerkschafter:innen sowohl vor Ort wie auch darüber hinaus intensiver vernetzen, um linke Positionen in den Gewerkschaften zu stärken, machte sich in der Schlussrunde des Ratschlags deutlich. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird diese Vernetzung weiter unterstützen.

## Kämpfe verbinden – Tariftreue in die Kommunen tragen

Die aktuelle Kampagne des DGB für mehr Tariftreue und -bindung und einer Novellierung des Tariftreuegesetzes sind berechtigt. Als Kreistagsfraktion griffen und greifen wir sie in der Haushaltsdebatte gerne auf und beantragen, sie bei der Vergabe öffentlicher Gelder uneingeschränkt zu berücksichtigen. Unser Wunsch, die vom Streik im Öffentlichen Dienst betroffenen Eltern zu entlasten führte zu einem Antrag im Gemeinderat. Ziel: Arbeitsniederlegungen sollen auch in der Stadtverwaltung zu Einbußen führen und durch nicht gezahlte Löhne während des Streiks, deren Haushalte nicht auch noch entlasten. Gemeinsam mit engagierten Bürgern kämpfen wir für eine zeitgemäße Modernisierung und Erweiterung der städtischen Bücherei, wie wir zusammen mit den Verkehrsverbänden die Qualität der Radwege verbessern wollen. All diese Beispiele zeigen, dass es uns in den Kommunen als feste Größe braucht und wir, anders als Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen, Anliegen in Anträgen formulieren können. DIE LINKE sitzt nicht zum Selbstzweck in Gemeinderat, Kreistag und Regionalparlament, sondern mit dem Ziel: „Mehr für die Mehrheit!“ und zumindest in Esslingen, wird dies auch so wahrgenommen. Deshalb werden wir im Gegenzug auch außerhalb der Gremien breit unterstützt. Kommunalpolitik ist keine Einbahnstraße, im Gegenteil. Viele engagierte Bürger:innen geben ihr Gesicht und ihre Namen für eine linke Politik die ihre Forderungen spiegelt und kandidieren für und mit uns bei den Kommunalwahlen 2024 – aber dafür muss man sie jetzt ansprechen, einladen und die gemeinsam erreichbaren oder gar erreichten Erfolge betonen.

**Martin Auerbach, Stadtrat in Esslingen**



## Verteilungskämpfe

sozialen Auseinandersetzungen der letzten Jahre mit einer Stärke und Vehemenz wie seit langem nicht mehr, spitzt sich auch in den Nachbarländern und einmal Frankreich unter Beweis stellt.

es vereint auf die Straße geht. Allein in den letzten Wochen waren 500.000 Menschen auf der Straße, um für die Forderungen nach mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen zu

## 2023 ist kein Arbeitsjahr - es ist ein Streikjahr

Streik bei der Post, Streik im Öffentlichen Dienst (ÖD) und bei der EVG: im Jahr 2023 gibt es eindrucksvolle Demonstrationen von der Macht, die das Volk haben kann, wenn

an ungeleerten Mülleimern, verschobenen Operationen und ausgefallenen Bahnen. Dass die Situation komplizierter ist und erst die schlechte Bezahlung und der Personalmangel für schon lange bestehenden schlechten Bedingungen sorgen, wird so verschwiegen und den Streikenden die Schuld übertragen. Dies kann für den:die einzelnen Beschäftigten zur Belastung werden, insbesondere in den sozialen Berufen des Öffentlichen Dienstes. Vor allem die Arbeitgeberverbände lassen hier keine Chance aus, die Streikenden, ja, und sogar das Streikrecht anzugreifen. Leider springen auch die Medien hier auf.



Karlsruher Genoss:innen bei der Unterstützung des Klinikumsstreiks

kämpfen.

Die Krise zwingt die Gewerkschaften zur stärkeren Mobilisierung und sie haben sich dieser Aufgabe gestellt - im Tarifkampf gab es kaum eine Woche ohne Warnstreik. Seit Beginn des Jahres sind unglaubliche 45.000 Menschen allein in die Gewerkschaft Ver.di eingetreten. Dieser Zuwachs zeigt nicht nur, dass die Gewerkschaftsmitglieder fleißig geworben haben, sondern bestätigt damit auch den Rückhalt, die Zustimmung der Arbeitnehmer:innen zu den Forderungen der Gewerkschaften. Die Menschen wollen eine Veränderung und sie sind bereit, sich diese Veränderungen gemeinsam zu erkämpfen.

Doch auch für uns als Partei eröffnen die Streiks große Chancen und auch verschiedene Rollen, die wir hier einnehmen können. Seit jeher waren wir, und werden auch in Zukunft vor Ort sein, um Menschen für die bestehende Ungleichheit zu sensibilisieren sowie über unsere Möglichkeiten der Selbstermächtigung zu informieren.

Wir können aber zusätzlich auch eine Art Vermittlungsrolle zwischen Streikenden und Nicht-Streikenden einnehmen. Streiks werden von Arbeitgeberseite negativ dargestellt und die „Schuld-Frage“ den Streikenden zugeschoben. Sie allein seien schuld, an den negativen Auswirkungen, die die Streiks auf die Gesellschaft haben,

Unsere Aufgabe als LINKE ist es daher auch, genau dort anzusetzen und klar zu machen, wer hier die wahren Schuldigen sind: Arbeitgeber:innen, die Profite über Menschen stellen und ihre Gewinne auf Kosten ihrer Beschäftigten erschleichen. Wie Marx schon schrieb: Gewinne werden privatisiert, Verluste werden sozialisiert.

Durch das Aufzeigen dieser klassenkämpferischen und sozialistischen Komponenten machen wir es den Streikenden leichter, für ihre verdiente Lohnerhöhung einzustehen. Wir müssen die „Schuldfrage“ in eine Systemfrage umformulieren, Mythen wie die der Lohnpreisspirale aufbrechen, zeigen, was eigentlich dahinter steckt: nämlich eine Gewinnpreisspirale bei Konzernen und Aktionär:innen. Wir müssen auch immer wieder betonen, dass diese Streiks uns alle angehen – gerade bei den Menschen, die genervt an Haltestellen gestrandet

**„Wir müssen auch immer wieder betonen, dass diese Streiks uns alle angehen – gerade bei den Menschen, die genervt an Haltestellen gestrandet sind oder kopfschüttelnd an den Streikenden vorbeigehen. Vor allem aber müssen wir in die Betriebe, in die Streiks mit rein, um dort die Beschäftigten zu erreichen.“**

sind oder kopfschüttelnd an den Streikenden vorbeigehen. Vor allem aber müssen wir in die Betriebe, in die Streiks mit rein, um dort die Beschäftigten zu erreichen. Wenn es jemals die perfekte Zeit geben sollte, mit so vielen Arbeitnehmer:innen gleichzeitig ins Gespräch zu kommen, dabei auf offene Ohren zu stoßen und für unsere Forderungen und Ziele für eine sozial gerechte Gesellschaft

und eine „Reichensteuer“ mehrheitlich Zustimmung zu erhalten, dann ist sie es jetzt.

## Arbeits- und Ver

Schwerpunkt dieser Ausgabe sind die so  
Monate. Während in Deutschland Streiks  
Jahrzehnten nicht mehr geführt werden  
die Protestsituation zu, wie wieder e

Für uns Unterstützende mögen ein paar Liter Kaffee, mit denen wir morgens um halb sechs beim Streikposten auftauchen nicht allzu bedeutend erscheinen, für die Streikenden nimmt diese Geste aber große Bedeutung an: dass sie gesehen, gehört werden, dass sie nicht verurteilt, sondern un-

terstützt werden. In Karlsruhe durften wir das auch in Branchen erfahren, in denen die Berührungspunkte bisher nicht vorhanden waren. Bei den Poststreiks erst kritisch betrachtet, dann schwer vermisst, als wir nur einmal nicht dabei waren - denn auch wir werden gesehen.

Diese Form der Unterstützung anzubieten und dabei zu sehen, wie sie angenommen wird, wie das Fremdeln vor den roten Fahnen abnimmt, gibt uns in Karlsruhe die Kraft, weiterzumachen und auf die eine oder andere Stunde Schlaf zu verzichten. Genoss:innen, die im Urlaub um vier aufstanden, um den Beschäftigten des Klinikums Kaffee zu kochen, die nach der Unterstützung der Post noch selber zur Lohnarbeit gingen, oder die Überstunden abbauten, um den Sozialarbeiter:innen bei einer Kundgebung zur Seite zu stehen: All dies war nur möglich, weil uns bewusst ist, wir müssen zeigen, dass wir die Streikenden in ihren Forderungen unterstützen.

Franziska Buresch und Christina Zacharias, KV Karlsruhe



Tübingen: antikapitalistisches Klimabündnis unterstützt Busfahrer:innenstreik

## Die Vier-Tage-Woche – eine weltfremde Idee?

Als Janine Wissler anlässlich des 1. Mais unseren Vier-Punkte-Fahrplan für eine Vier-Tage-Woche vorstellte, war der Aufschrei bei Liberalen und Arbeitgebern groß. Erst recht, als SPD-Vorsitzende Saskia Esken wenig später auf die positiven Effekte einer Vier-Tage-Woche verwies. Parteifreund und Arbeitsminister Hubertus Heil fiel ihr dann auch gleich in den Rücken und betonte, so ein Modell sei nicht für alle Branchen geeignet. Ist die Vier-Tage-Woche also eine weltfremde Idee, ein linker Tagtraum? Zumindest bei der IG Metall ist man der Meinung, dass die Vier-Tage-Woche für die Beschäftigten der Stahlbranche genau das richtige Modell ist.

In der nächsten Tarifrunde für die westdeutsche Stahlindustrie will die IG Metall eine Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich fordern. Für IG Metall-Chef Jörg Hofmann ist das „ein nächster Schritt in eine attraktive industrielle Arbeitswelt, die Leben und Arbeit gut vereinen lässt“. Zumal in einigen Tarifverträgen bereits heute vereinbart ist, dass die Beschäftigten ihre Arbeitszeit absenken dürfen, andere Verträge sehen Wahlarbeitszeiten vor. „Mir kann also niemand erzählen, dass das nicht geht. Wir wissen ja, dass es funktioniert“, sagt etwa Knut Giesler, Verhandlungsführer und Bezirksleiter der IG Metall in Nordrhein-Westfalen.

### Studien und Praxistests mit positiven Ergebnissen

Studien zeigen, dass die Vier-Tage-Woche sowohl Produktivität als auch Wohlbefinden steigert. In Ländern wie Schweden oder Island hat man positive Erfahrungen mit dem Modell gemacht. Ein weiterer, positiver Nebeneffekt: Die Zahl der Fehltagereduziert sich deutlich, weil die Menschen sich seltener krank arbeiten. Laut aktueller Umfragen befürworten mehr als 70 Prozent der Menschen in Deutschland die Einführung der Vier-Tage-Woche. Allerdings sind auch die Vorbehalte groß, gerade bei den Menschen im Osten, die oft im Niedriglohnsektor arbeiten. Viele fürchten, dass weniger Arbeit auch weniger Geld bedeutet. Wie in den 90ern, als VW die Vier-Tage-Woche einführte und gleichzeitig die Löhne kürzte. Für Beschäftigte, die schon jetzt kaum über die Runden kommen, ist das ein Horrorszenario.

Deshalb stellte Janine Wissler klar: „Arbeitszeitverkürzung gibt es nur bei vollem Lohnausgleich!“ Wissler verweist auf die „zunehmende Arbeitsverdichtung. Stress und berufsbedingte Krankheiten sind auf dem Vormarsch. Wir müssen als Gesell-

schaft darüber diskutieren, wie wir Arbeit und Leben besser in Einklang bringen.“ Tatsächlich erweist sich das Argument der Arbeitgeber, wonach eine Vier-Tage-Woche den Arbeitskräftemangel verstärken würde, in vielen Branchen als falsch. So arbeiten in der Pflege schon heute viele in Teilzeit, weil die Belastungen und der Stress durch eine Vollzeitstelle einfach zu groß ist. Auch viele Lehrkräfte arbeiten aus ähnlichen Gründen nicht voll. Zudem gibt es Hunderttausende, die unfreiwillig in Teilzeit arbeiten, weil es kein passendes Vollzeit-Modell für sie gibt. Hier könnte eine Vier-Tage-Woche bei 32 Arbeitsstunden, wie LINKE und IG Metall sie fordern, Abhilfe schaffen.

**DIE LINKE legt deshalb einen Vier-Punkte-Fahrplan für die Vier-Tage-Woche vor. Wir wollen zeigen, dass eine Vier-Tage-Woche möglich ist, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.**

#### 1. Modellprojekte starten:

In allen Branchen starten wir Modellversuche zur Vier-Tage-Woche, um die Auswirkungen des neuen Modells zu testen. Nach dem Vorbild des links regierten Spaniens kann die Bundesregierung hier ein Programm aufsetzen, um kleinere Betriebe und Beschäftigte bei der Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu unterstützen.

#### 2. Stufenmodell einführen:

Die Vier-Tage-Woche ist ein Paradigmenwechsel, den man über ein Stufenmodell abfedern kann. So reduzieren wir die Wochenarbeitszeit über zwei Jahre in drei Stufen. In einem ersten Schritt wird die Wochenarbeitszeit auf 37 Stunden reduziert, dann auf 35 Stunden und schließlich auf 32 Stunden.

#### 3. Zuschüsse für kleine Betriebe:

Insbesondere kleinere Betriebe brauchen Hilfe bei der Umstellung auf die Vier-Tage-Woche. So kann der Übergang zum Vier-Tage-Modell mithilfe von zeitlich begrenzten Lohnzuschüssen erleichtert werden. Denn klar ist: Die Vier-Tage-Woche gibt es nur bei vollem Lohnausgleich!

#### 4. Freie Wahl des Arbeitszeit-Modells:

Die Beschäftigten sollen zukünftig wählen können, welches Arbeitszeit-Modell am besten zu ihrem Leben passt. Vier oder fünf Tage – jede und jeder darf selbst entscheiden, ohne Druck durch die Arbeitgeber. Eine Schlichtungsstelle kann hier in Streitfällen vermitteln.

Fabian Lambeck



## Verteilungskämpfe

sozialen Auseinandersetzungen der letzten Jahre mit einer stärker und verheerenderen Wucht, spitzt sich auch in den Nachbarländern einmal Frankreich unter Beweis stellt.

Macron eingesetzt wurde zu verstehen, muss man sich die zwei vergangenen Präsidentschaftswahlen in Erinnerung rufen: zweimal, 2017 und 2022 hatte Macron im ersten Wahlgang nur 24 bzw. 27,8% der Stimmen und wurde jeweils im zweiten Wahlgang nur als kleineres Übel gegen die Rechtsextreme Marine Le Pen gewählt. Für Macrons neoliberales Programm gab es nie eine Mehrheit in Frankreich. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die starke Stellung des Präsidenten im französischen Präsidentsystem, dass Macron immer autoritärer ausgestaltet und das Mehrheitswahlrecht im Parlament bescherte. Das gelang ihm 2022 nicht mehr, da die französischen Mitte-Links-Parteien von La France Insoumise (LFI), über die sozialdemokratische Parti Socialiste, die Grünen, die Parti Communiste und kleinere Parteien das Wahlbündnis „Nouvelle Union Populaire Écologique et Sociale (NUPES)“ bildeten und so zusammen im ersten Wahlgang der Parlamentswahlen mit 26% gleichauf mit Macrons Wahlbündnis „Ensemble“ lagen.

Bereits in seiner ersten Amtszeit hatte Macron eine Anhebung des Rentenalters geplant. Die aktuelle Reform hebt das Rentenalters von 62 auf 64 Jahre an. Allerdings kann man diese Zahlen nicht mit dem deutschen Rentensystem vergleichen. Denn bereits jetzt gehen viele Französ:innen deutlich später in Rente. Denn um eine abschlagsfreie Rente erhalten zu können, müssen sie 42 Beitragsjahre vorweisen, künftig werden es 43 Jahre sein. Außerdem verschärft die Rentenreform bestehende Ungerechtigkeiten, so werden Nichtakademiker:innen und Frauen benachteiligt.

In Umfragen lehnt eine übergroße Mehrheit der Französ:innen die Rentenreform nach wie vor ab. Zentraler verbindender Akteur der sozialen Proteste sind die Gewerkschaften. Dass sich sämtliche Gewerkschaftsverbände zusammengefunden haben und gemeinsam agieren, ist für Frankreich

## Widerstand gegen Macrons Rentenreform

Um die Demonstrationen, Streiks und Blockaden gegen die geplante neoliberale Rentenreform der französischen Minderheitsregierung, die von Präsident Emanuel Macron

eine Art politische Sensation. Anders als in Deutschland, ist in Frankreich politischer Streik üblich. Was ihn erschwert, ist allerdings, dass die Gewerkschaften mit Ausnahme der CFDT keine Streikkasse haben, also kein Streikgeld an ihre streikenden Mitglieder auszahlen können. Stattdessen sammeln die Gewerkschaften und auch LFI Spenden für die Streikenden.

Seit März verstärkten die Gewerkschaften ihre Proteste mit Blockaden von Industriebetrieben, Autobahnen und Schienen. Beschäftigte des Energiesektors schalten zeitweise den Strom für Betriebe und Macron-Politiker:innen ab. Besonders streikwillig zeigten sich die Pariser Müllwerker:innen und die in den Raffinerien Beschäftigten. Auch die Hafentarbeiter:innen streikten in regelmäßigen Abständen.



Am 14. April hat der Verfassungsrat die rechtliche Zulässigkeit der Rentenreform bestätigt. Macron setzte sie um 3 Uhr nachts in Kraft. Gewerkschaften und NUPES-Parteien und auch attac Frankreich organisieren seitdem weitere Proteste und haben angekündigt, den Widerstand nicht aufzugeben.

**Weiterlesen: Sebastian Chwala: Frankreich in Aufruhr**

<https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/frankreich-im-auf-ruhr/>

**Zakaria Bendali, Gala Kabbaj: Einer gegen alle?**

<https://www.rosalux.de/news/id/50215/einer-gegen-alle>

**Frederico Elwing, Stadtrat in Tübingen**

## Lauterbach plant einen Klinikahlschlag

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht, dass sie „... die nötigen Reformen für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung auf den Weg ...“ bringen möchten. Dafür hat Gesundheitsminister Lauterbach eine Regierungskommission eingesetzt, die jetzt Vorschläge für eine grundlegende Reform der Krankenhausvergütung und -struktur vorgelegt hat. Diese hatte Lauterbach als eine „Revolution“ angekündigt!

### Was wird tatsächlich geplant?

Zukünftig soll es drei Level der Versorgung geben: Level I steht für die Basisversorgung, Level II für die Schwerpunktversorgung sowie Level III für die Maximalversorgung in hoch spezialisierten Häusern wie Universitätskliniken.

Die Kommission unterteilt die Basisversorgung (Level I) in ein Level Ia (Notfall) und Ib (intersektoral). Level Ia sind die Krankenhäuser, die jetzt schon an der Basisnotfallversorgung teilnehmen. Sie sollen erhalten bleiben, wenn ein Krankenhaus mit Level II oder III weiter als 30 PKW-Fahrminuten entfernt ist. Alle anderen sind zum Abschluss freigegeben bzw. sollen mit größeren Kliniken fusionieren. 30 Minuten PKW-Fahrzeit

sind zudem ein schlechter Scherz. Gerade Menschen mit geringen Einkommen haben gar kein Auto und die öffentlichen Verkehrsmittel auf dem Land sind teilweise immer noch eine Zumutung. Wie soll man denn dann in das Krankenhaus kommen?

Die Häuser des Level Ib werden ganz aus den DRGs herausgenommen und nach Tages-



## Arbeits- und Ver

Schwerpunkt dieser Ausgabe sind die so  
Monate. Während in Deutschland Streiks  
Jahrzehnten nicht mehr geführt werden  
die Protestsituation zu, wie wieder e

sätzen abgerechnet. Auch das Pflegebudget, also die volle Finanzierung der Pflegekosten, wird wieder abgeschafft. Das sind dann zukünftig keine Krankenhäuser mehr, sondern bessere Pflegeheime und Tummelplätze für die Niedergelassenen. Angestrebt wird zudem auch die »Einbeziehung der Angehörigenpflege«! Damit können dann Private Equity Fonds ein neues Geschäftsfeld entwickeln und fleißig Gewinne im Gesundheitswesen einstreichen.

Um die Mindestvoraussetzungen für das Level II zu erreichen sind verschiedenen Kriterien notwendig, die leider nur ca. die Hälfte der Krankenhäuser erfüllt.

Laut Aussagen der Deutschen Krankenhausgesellschaft gibt es jeweils ca. 650 Krankenhaus-Standorte, die dem Level II bzw. III zugeordnet wären. Am Ende wird es dann etwa 500 bis 600 Krankenhäuser haben, die die notwendigen Kriterien erfüllen. Jetzt gibt es 1730 Standorte.

Das wäre ein riesiger Kahlschlag. Für Baden-Württemberg bedeutet das, dass mehr als die Hälfte der Krankenhäuser gefährdet wären. Wenn tatsächlich jede zweite Klinik geschlossen würde, wären das über 120 in BW. Die Zahl der Krankenhäuser in Baden-Württemberg sinkt aber bereits seit vielen Jahren. Gab es im Jahr 1990 noch 317 Kliniken, waren es 2021 noch 246, wie aus einer Statistik des Sozialministeriums hervorgeht. Es sind aber nicht nur kleinere Kliniken auf dem Land von der Schließung bedroht, sondern auch mittelgroße oder auch größere Krankenhäuser.

Neben den DRGs, die abgesenkt weitergelten, soll es eine »leistungsunabhängige« Vorhaltevergütung in Höhe von 20% der bisherigen DRG-Erlöse geben. Für Intensivmedizin, Notfallmedizin, Geburtshilfe und Neonatologie soll sie 40% umfassen. Die Gesamtsumme der Vergütungen bleibt gleich, sie soll nur in anderer Form ausgezahlt werden. Die Unterfinanzie-

## Weiterbildung – (k)ein Privileg für Besserverdiener?

**Der Bundestag verhandelt über die richtige Weichenstellung für die Zukunft des Arbeitsmarktes. Digitalisierung, Transformation der Wirtschaft und der Übergang der Baby-Boomer-Generation in den Ruhestand werfen ihre Schatten voraus. Auch die künftige Finanzierung der Sozialversicherungssysteme hängt mit daran, dass die Zahl der Beitragszahler stabil bleibt. „Fachkräftemangel“ ist daher das Schlagwort der Stunde.**

Die Bundesregierung hat zwei Gesetzentwürfe vorgelegt: Einen zur Einwanderung, der rund 60.000 zusätzliche Fachkräfte pro Jahr nach Deutschland bringen soll, sowie ein „Aus- und Weiterbildungsförderungsgesetz“. Letzterer führt ein „Qualifizierungsgeld“ ein, das Beschäftigte während einer außerbetrieblichen Weiterbildung von der Arbeitsagentur bekommen sollen. Die Höhe entspricht dem Arbeitslosengeld, also 60 bzw. 67 Prozent des Nettolohns. Der Arbeitgeber soll während der Weiterbildung nicht den Lohn, aber die Kosten der Qualifizierung tragen. Diese Hilfe soll jährlich an 10.000 Beschäftigte gehen, also an rund 25 Geförderte je Landkreis. Das sind viel zu wenige – ein Trauerspiel. Zudem sollen 7.000 Jugendliche, die keine betriebliche Ausbildung finden, eine außerbetriebliche Ausbildung finanziert bekommen. Die Regierung nennt dies eine „Ausbildungsgarantie“. Bei 630.000 jungen Menschen ohne Ausbildung nenne ich das einen Tropfen auf den heißen Stein.

Ich freue mich, wenn die Bundesregierung endlich erkennt, dass es sich lohnt, in berufliche Weiterbildungen und Ausbildungen zu investieren. Denn jeder Euro, der in die Aus- und Weiterbildung gesteckt wird, zahlt sich dop-

plung und der Preisdruck auf stationäre Leistungen und der dadurch ausgelöste Konkurrenzdruck sollen also grundsätzlich beibehalten werden. Weiterhin sind Gewinne und Verluste erlaubt und das gesamte System ist anfällig für finanzielle Fehlanreize. Außerdem ist es nicht zweckgebunden, so dass die Gelder für alles – incl. Ausschüttung als Dividende – eingesetzt werden können

„Richtig wäre, die Krankenhäuser, die für die flächendeckende Versorgung notwendig sind, so zu ertüchtigen, dass sie die Menschen versorgen können. Gesundheit ist ein Menschenrecht und kein Spielball für private Gewinninteressen.“

Richtig wäre, die Krankenhäuser, die für die flächendeckende Versorgung notwendig sind, so zu ertüchtigen, dass sie die Menschen versorgen können. Gesundheit ist ein Menschenrecht und kein Spielball für private

Gewinninteressen. Mit der Krankenhausreform von Lauterbach wurden große Hoffnungen verbunden. Aus der Revolution ist leider nichts geworden, außer Gewinne für Unternehmen und eine schlechtere Versorgung der Bevölkerung!

**Johanna Tiarks, Stadträtin in Stuttgart**

### Gesundheitsministerkonferenz am 5. Juli in Friedrichshafen

Die Gewerkschaft ver.di ruft auf zur Kundgebung unter dem Motto: Sei dabei! Gemeinwohl statt Profit - Solidarität statt Wettbewerb

Kundgebung am Montag, 5. Juli um 11 Uhr  
weitere Infos unter: [www.gmk2023.verdi.de](http://www.gmk2023.verdi.de)

pelt und dreifach aus. Grundsätzlich fällt aber auf, dass die Ampel zwar die Entwicklung des Arbeitsmarktes richtig beschreibt, aber die falschen Schlüsse daraus zieht. So nutzt etwa das Qualifizierungsgeld den Arbeitslosen gar nichts, denn sie sind gar nicht anspruchsberechtigt. Die bislang bei Weiterbildungen massiv benachteiligten Gruppen – befristete Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte, niedrig entlohnte und gering qualifizierte Beschäftigte, Mütter, insbesondere Alleinerziehende, Ältere, Beschäftigte mit Migrationshintergrund – werden von den neuen Instrumenten kaum profitieren. Denn das Qualifizierungsgeld richtet sich vorrangig an Großbetriebe und deren höhere Angestellte. Das ist





## erteilungskämpfe

sozialen Auseinandersetzungen der letzten Jahre mit einer Stärke und Vehemenz wie seit langem nicht mehr, spitzt sich auch in den Nachbarländern und einmal Frankreich unter Beweis stellt.

zwei Millionen Menschen zwischen 25 und 60 Jahren, die Mehrheit davon mit abgeschlossener Ausbildung!

Was wir brauchen, ist eine echte Ausbildungsgarantie für alle Jugendliche, die aus einer Umlage der Unternehmen finanziert wird. Nur so lohnt es sich für die Betriebe, endlich wieder mehr selbst auszubilden. Was wir wirklich brauchen, sind mehr Fördermittel bei den Jobcentern und bei der

der völlig falsche Fokus. Auch die „Stille Reserve“, also Personen, die weder eine Arbeit haben, noch in der Arbeitslosenstatistik auftauchen – werden damit nicht erreicht. Das sind immerhin rund

Arbeitsagentur. Der Engpass sind im Moment eindeutig die fehlenden Gelder, nicht fehlende Gesetze oder gar eine zu geringe Motivation der Arbeitsuchenden.

Das Gesetz zur Weiterbildung arbeitet fast ausschließlich an der Aufhübschung der Weiterbildungs-Fassade, während das Gebäude dahinter immer maroder und brüchiger wird. Meine Befürchtung: Diese Gesetze werden arbeitslosen und prekär beschäftigten Menschen nicht weiterhelfen. Ihre Hoffnungen, sich durch Weiterbildung aufwärts zu qualifizieren und einen sicheren Arbeitsplatz zu finden, werden mit diesem Gesetz enttäuscht. Denn dafür braucht es mehr Geld im System. Der Bundesregierung ist es aber dann doch wichtiger, die Steuern für Reiche nicht zu erhöhen und die Schuldenbremse einzuhalten. Der Fachkräftemangel ist und bleibt ein selbst produziertes Problem.

**Jessica Tatti, Reutlingen, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.**

## Müllabfuhr muss in öffentlicher Hand bleiben

Die Tübinger Linke wendet sich gegen die drohende Privatisierung der Müllabfuhr. Nach Willen der Stadtverwaltung Tübingen soll die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Landkreis zur Müllentsorgung zum 30. Juni gekündigt werden, aus „wirtschaftlichen Gründen“, wie es in der Vorlage heißt. Die Entscheidung soll noch im Mai fallen. Dazu Bernhard Strasdeit, Kreisrat: „Was die Stadtverwaltung plant, ist Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Als Begründung werden Selbstverständlichkeiten genannt: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden älter und seien zuweilen krank; neue Investitionen in Fuhrpark und Gebäude seien notwendig und, man staune, in einer wachsenden Stadt bräuchte man zukünftig mehr Mülltonnen als bisher! Insbesondere das Alter der Beschäftigten ist eine absurde Nennung in Anbetracht der gesetzlichen Regelung zum Rentenalter.“

Margrit Paal, Fraktionsvorsitzende der Linken im Kreistag, kritisiert: „Die Erfahrung in vielen Städten lautet: mit Privaten wird die Abfallentsorgung meistens teurer; und wenn der Gewinn nicht mehr stimmt, wird der Geschäftszweig durch die Unternehmen auch schnell mal kurzfristig eingestellt. Mangels Verlässlichkeit und Kostensteigerungen gab es auch immer wieder Rekommunalisierungen. Schon einmal, im Jahr 2010, wurde die Privatisierung der Müllabfuhr in Tübingen verhindert. Wir wenden uns auch jetzt dagegen, dass die zukünftigen Beschäftigten der Müllabfuhr ihre harte Arbeit unter schlechteren Arbeitsbedingungen verrichten müssen. Die Pläne der Stadtverwaltung sind ein Angriff auf den Flächentarifvertrag der Kommunen.“

**Margrit Paal, Fraktionsvorsitzende im Kreistag und Mitglied des Kreisvorstands**



ver.di und Gemeinderäte der Tübinger Linken protestieren vor dem Rathaus

# Weil der Markt nicht alles reg

Gr  
Ha  
für  
klin

**MIET€N**  
**RUNTER.**  
mieten-runter.de





t  
elt.

**DESHALB:**

und & Boden in öffentliche  
nd • Sofortiger Mietenstopp  
6 Jahre • Bauen: sozial,  
magerecht & barrierefrei

**DIE LINKE.**  
BADEN-WÜRTTEMBERG

## UN-Frauenrechtskonferenz – Internationale Gleichstellungspolitik



### Bericht vom Besuch der 67. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission in New York als Mitglied einer Delegation des deutschen Bundestages

Das erste Mal zur UN-Frauenrechtskonferenz in New York bin ich im Jahre 2007 gereist – damals noch als Studentin. Ich erinnere mich, wie beeindruckt und ermutigt ich von der Zusammenkunft verschiedener Akteure aus aller Welt – Frauenrechtsorganisationen, Think Tanks, Regierungsorganisationen – auf der Konferenz war. Nun bin ich dieses Jahr als Abgeordnete für die Linke und Mitglied einer Delegationsreise des Bundestages zurückgekehrt. Diese Reise war wieder mindestens genauso beeindruckend.

Die UN-Frauenrechtskonferenz bietet Vertretern aus aller Welt, denen die Geschlechterparität und -gerechtigkeit am Herzen liegen, Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen, nachhaltige Beziehungen aufzubauen und auf Veränderungen für eine bessere Welt hinzuwirken. Die diesjährige Konferenz stand unter dem Leitthema „Innovation, technologischer Wandel und digitale Bildung für Geschlechtergleichstellung“. Heute unterliegen die meisten Bereiche des Lebens der Digitalisierung. In diesem Zeitalter der Digitalisierung müssen wir also dafür sorgen, dass Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für Frauen und Mädchen – also für knapp mehr als 50 % der Weltbevölkerung – gewährleistet sind. Es gibt viele Aspekte, die angegangen werden müssen: Der Zugang von Frauen zu Technologien; wie „digital skills“ die ökonomischen Chancen von Frauen verbessern können; wie die Digitalisierung dazu beitragen kann, den „Gender Gap“ in den Bereichen Bildung und Gesundheitsversorgung zu überwinden, um nur einige Bereiche zu nennen. Der digitale „Gender Gap“ ist in vielen Gesellschaften weltweit leider noch Realität. Gerade im globalen Süden ist diese Kluft zwischen den Geschlechtern besonders groß. Es muss darauf hingearbeitet werden, dass alle Frauen und Mädchen Zugang zu digitalen Möglichkeiten und Ressourcen haben. Aber auch Deutschland hat noch einen weiten Weg vor sich. So gibt es hierzulande in der Arbeitswelt strukturelle Diskriminierung, wenn zum Beispiel Frauen beim Gründen von Start-ups weniger Kredite bekommen als Männer. Hier bedarf es großer Transformationen und konsequenter Gleichstellungspolitik. Auch die Gewerkschaften sind gefordert,

wenn es darum geht, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat natürlich die Teilnehmer der diesjährigen Konferenz gemahnt, die Fragilität des Weltfriedens wahrzunehmen. UN-Generalsekretär Antonio Guterres betonte in seiner Rede, wie Frauen sich weltweit dafür einsetzen, Kriege und Konflikte zu beenden. Meine vielen Begegnungen auf der Konferenz haben diesen Eindruck bestätigt. So traf ich mich z.B. mit Frauen aus Afghanistan und dem Iran, die mir von ihren Kämpfen für die Demokratie und Gleichberechtigung in ihren Ländern berichteten. Diese intersektionale Perspektive gibt der Konferenz eine enorme Wichtigkeit. People of Color haben die Möglichkeit, mitzureden, anstatt dass über sie geredet wird. Vertreterinnen der verschiedenen Regierungen können über die Situation von Frauen und Mädchen sowie Reformen zu Gleichstellungspolitik in ihren Ländern berichten. Auf den Side Events haben NGO aus verschiedenen Ländern Veranstaltungen zu Gleichstellungspolitik organisiert. Auch diese Präsenz der Zivilgesellschaft ist von großer Bedeutung. Noch immer ist für Millionen von Mädchen, Frauen und LGBTQ+ der Zugang zu Ernährung, Gesundheit und Bildung beschränkt.

Die Konferenz ist auch eine Veranstaltung der Gegensätze. Die Delegation Neuseelands ging als Beispiel voran: Im Neuseeländischen Parlament herrscht Geschlechterparität, 52% der Abgeordneten sind Frauen. Für ein Gegenbeispiel stand die Delegation aus Katar, die aus sechs Männern bestand. Dass in Katar eine krasse Ungleichheit der Geschlechter besteht, ist kein Geheimnis. Trotzdem versuchte diese Delegation natürlich, von den Fortschritten im Land zu berichten. Dies erscheint auf den ersten Blick kurios, aber es sind nun mal die verschiedenen Realitäten, die bei der UN-Frauenrechtskonferenz aufeinanderprallen und den wertvollen Austausch ermöglichen.

Die große Kritik an den Veranstaltungen wie der UN-Frauenrechtskonferenz lautet immer: Es wird viel geredet, aber am Ende kommt kein greifbares Ergebnis herum. Auch auf der diesjährigen Konferenz wurden eine Resolution und verschiedene Empfehlungen der UN-Frauenrechtskommission verabschiedet. (siehe Infokasten). Darin wurde die Wichtigkeit früherer Resolutionen und von Menschenrechtskonventionen und dem Hinwirken auf Geschlechtergerechtigkeit, gerade auch im Hinblick auf die Digitalisierung, betont. Aber vielleicht ist es auch gar nicht nur der Wortlaut der Resolutionen, der am Ende das Entscheidende ist. Wichtig ist auch, dass diese Konferenzen Frauen aus aller Welt die Möglichkeit geben, zusammenzukommen, einander zuzuhören und voneinander zu lernen. Ergebnisse solcher UN-Konferenzen bestehen also auch im stetigen und in zwischenstaatlichen Dialogen erarbeiteten Einwirkung auf die Entwicklung internationaler demokratischer Normen, auf die sich demokratische und auch linke Politik in den verschiedenen Ländern stützen kann. Frauen werden nur erfolgreich sein, wenn sie ihre unterschiedlichen Kämpfe als gemeinsame Kämpfe verstehen, um das Patriarchat in allen seinen Erscheinungsformen zu überwinden.

**Gökay Akbulut, Mannheim, Sprecherin Migration, Familie und bürgerschaftliches Engagement DIE LINKE im Bundestag**

### Die 67. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission

Vertreter\*innen der Mitgliedsstaaten und UN-Einheiten treffen sich vom 6. bis 17. März 2023 zur 67. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission (FRK). UN Women ist für die Organisation der FRK verantwortlich und unterstützt das Sekretariat.

**Akkreditierte Nichtregierungsorganisationen (NGOs)** aus aller Welt nehmen teil, um ihre Expertise einzubringen. UN Women Deutschland ist eine dieser Organisationen und bemüht sich, möglichst viele zivilgesellschaftliche Expert\*innen einzubeziehen.

**Themen der 67. FRK** – Schwerpunktthema: Innovation und technologischer Wandel sowie Bildung im digitalen Zeitalter, um Geschlechtergleichstellung und die Stärkung aller Frauen und Mädchen zu erreichen.

**Überprüfungsthema** – Herausforderungen und Möglichkeiten Geschlechtergleichstellung und die Stärkung von Frauen und Mädchen in ländlichen Gebieten zu erreichen (vereinbarte Schlussfolgerungen der 62. Sitzung).

**Wichtige Grundlagenpapiere zur 67. Sitzung** der FRK finden Sie auf der CSW67 Expert Group Meeting Seite von unwomen.org. Die Expert Group Meetings und die entsprechenden Papiere sind Grundlage für den Bericht des Generalsekretärs und für den ersten Entwurf des Abschlussdokumentes.



### 3. Landesfrauen\*Konferenz DIE LINKE. Baden-Württemberg:

## Feministisch leben - global und kommunal: Perspektiven für eine sozialistische Gesellschaft

Klimakrise, Krieg, Pandemie, Inflation - die Krisen reißen nicht ab und zeigen deutlich: Wir brauchen neue Ideen für ein solidarisches und friedliches Zusammenleben. Bei unserer dritten Landesfrauen\*Konferenz am 13.-14. Mai in Mannheim haben wir feministische Perspektiven für eine sozialistische Gesellschaft erkundet und einen feministischen Blick auf die Kommunal- und Europawahl 2024 geworfen.

Unter dem Titel „Feministisch leben – global und kommunal“ haben wir uns in sieben verschiedenen Workshops der Bandbreite feministischer Gesellschaftskonzeptionen angenommen. Im Zentrum stand dabei stets die Frage, wie eine Gesellschaft aussehen muss, die allen Geschlechtern gleichberechtigte Teilhabe garantiert. Dabei legten wir einen besonderen Fokus auf die kommunale und europäische Ebene. Feministische Kommunalpolitik und feministische Perspektiven auf Europa sind hier als Workshops zu nennen, aber auch Themenkomplexe wie Antirassismus, Antimilitarismus und Klimagerechtigkeit wurden behandelt.

In einem gemeinsamen Workshop zu Vier in Eins (4:1) haben wir über die Aneignung von Zeit und die ungleiche Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeiten gesprochen. Die 4:1 Perspektive ist ein Konzept von Frigga Haug mit dem Ziel einer gerechten Verteilung von Erwerbs-, Sorge-, Familien- und Gemeinwesenarbeit.

Genossinnen\* aus ganz unterschiedlichen Kreisverbänden führten gemeinsam sehr produktive und lebendige Diskussionen. Die feministische Vernetzung als Kampf für die Befreiung aller Geschlechter wird wichtiger denn je. Corona hat nicht nur die soziale Frage verschärft, auch die Gewalt gegen Frauen\* hat zugenommen und freiwillige kommunale Leistungen, insbesondere auch Hilfs- und Beratungsstrukturen für Frauen\*, kamen zunehmend unter Beschuss. Gleichzeitig haben wir eine deutliche Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse erlebt. Die derzeitigen Preissteigerungen setzen gerade auch Frauen\* und

### Landesfrauen\*beauftragte wurden neu gewählt

DIE LINKE ist eine Partei mit feministischem Selbstverständnis, diesen Satz habe ich seit meinem Eintritt in die Partei 2018 oft gehört. Es sind jedoch nur Worte auf Papier, es kommt darauf an, sie zu verwirklichen. Das bedeutet politische Forderungen zu formulieren, sie in unser Handeln zu integrieren. Wir müssen sie in die Parlamente und unsere Kämpfe auf der Straße tragen.

Mich als intersektionale queere Feministin schmerzt es, dass innerhalb der LINKEN regelmäßig ein Widerspruch zwischen Geschlechtergerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit formuliert wird, dass die Forderung nach politischer, ökonomischer, sozialer und kulturelle Gleichberechtigung aller Geschlechter auf eine Frage des Genderns reduziert und somit politische Teilhabe von Frauen\* erschwert wird.

Für mich ist es wichtig, dem neoliberalen und elitären Feminismus, einen Feminismus der 99% entgegenzusetzen. Es genügt nicht, dass einzelne Frauen\* in Vorstandsetagen einziehen, während Armut weiblich ist. Das aktuelle Gender Pay Gap beträgt 18 Prozent und schon vor Energiekrise und Inflation waren überdurchschnittlich viele Frauen\* von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen betroffen. Deshalb ist es jetzt auch aus feministischer Perspektive so wichtig, die Arbeitskämpfe zu unterstützen.

Linker Feminismus bedeutet auch, nicht nur die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen zu fordern, sondern reproduktive Gerechtigkeit. Wahlfreiheit und körperliche Selbstbestimmung hat nur, wer sich frei von Zwang für oder gegen eine Schwangerschaft entscheiden kann. Die ökonomischen Ressourcen dürfen nicht über die Familienplanung entscheiden.



Alleinerziehende im Niedriglohn unter Druck.

Gemeinsam mit vielen engagierten Genossinnen diskutierten wir hierzu linke Lösungsansätze und wie wir diese in den Kommunen und in Europa auch umsetzen. Eine spannende Tagung liegt hinter uns und wir freuen uns schon auf die nächste Konferenz in 2024 mit euch!

**Mehr erfährst Du auf unserer Webseite [www.die-linke-bw.de](http://www.die-linke-bw.de). Du willst bei der LAG Frauen\* mitmachen? Dann melde dich unter: [lag-frauen@die-linke-bw.de](mailto:lag-frauen@die-linke-bw.de)**

Frauen sind regelmäßig von alltäglicher körperlicher, emotionaler, ökonomischer und sexualisierter Gewalt betroffen. Diese Gewalt stabilisiert eine Geschlechterhierarchie. Um diese aufzubrechen braucht es eine starke Linke. Es ist notwendig, dass sich mehr Frauen\* in DIE LINKE einbringen, dafür ist es aber auch notwendig, dass wir Strukturen schaffen, in denen sie Lust haben, dies zu tun.

Da sich Geschlechtergerechtigkeit durch alle Lebensfragen und sozialen Bereiche zieht, ist es unsere Aufgabe zu beweisen: DIE LINKE kann Feminismus!

**Isabell Fuhrmann, Kreissprecherin KV Mannheim und seit Februar 2023 gemeinsam mit Anna Damoune Frauenbeauftragte für DIE LINKE Baden-Württemberg.**



## Zeit für Mannheims erste Oberbürgermeisterin

Am 18. Juni wird in Mannheim ein neuer Oberbürgermeister bzw. eine Oberbürgermeisterin gewählt. Der Amtsinhaber tritt nicht mehr an. Seine Vorgänger waren, wie er und die Kandidaten der stärksten Parteien, ausschließlich Männer. Deshalb finde ich es an der Zeit, dass die Stadt endlich eine Frau zum Oberhaupt bekommt. Am besten eine, der die Erfahrungen und Nöte des ärmeren Teils der Stadtbevölkerung nicht fremd sind.

### Eine Stimme für die Benachteiligten

Nach reiflicher Überlegung und viel Zuspruch auch aus dem Kreisvorstand der LINKEN Mannheim, dem ich angehöre, entschloss ich mich zu kandidieren. Ich will damit Alleinerziehenden, Menschen in schlecht bezahlten Jobs, mit zu geringer Rente, in zu engen Wohnungen oder gar wohnungslos, Eltern, die keinen Kita-Platz für ihre Kinder finden, und allen anderen, denen von der Politik nicht die Beachtung geschenkt wird, die sie verdienen, eine Stimme geben.

Mein Name ist Isabell Belser. Ich arbeite in der Pflege und bin alleinerziehende Mutter einer Tochter. Obwohl ich in Mannheim geboren und aufgewachsen bin, habe ich aufgrund meiner

Hautfarbe reichlich Diskriminierungserfahrung. Ich will Rassismus nicht in den Mittelpunkt meines Wahlkampfes stellen, aber ich weiß, was es heißt, ausgegrenzt zu werden. Ebenso will ich Feminismus nicht zum vorrangigen Thema machen, jedoch sehr wohl die männliche Dominanz in der Politik brechen.

### Kommunalpolitik lohnt sich

Den meisten Menschen ist gar nicht bewusst, wieviel Einfluss die Kommunalpolitik auf ihr Leben hat. Ein Beispiel ist der Kampf gegen die Wohnungsnot: Die Stadt könnte über ihre Wohnungsbaugesellschaft, Bodenpolitik und Vorgaben viel mehr zur Schaffung von preiswertem Wohnraum beitragen. Oder der Klimawandel: Die Stadt hat großen Einfluss auf die lokale Energieversorgung und die Verkehrspolitik. Ebenso auf die Bildungspolitik, z.B. durch Kitausbau und -gebühren. Oder soziale Politik: z.B. Teilhabe für ärmere Bevölkerungsgruppen und Einfluss auf das Jobcenter. Und noch viel, viel mehr. Deshalb ist es höchste Zeit für eine LINKE Oberbürgermeisterin – nicht nur in Mannheim.

**Isabell Belser, OB-Kandidatin in Mannheim**



Kein Zurück ins letzte Jahrtausend

## Wir brauchen Gute Arbeit und Klasse Kitas

Wir solidarisieren uns mit den gewerkschaftlichen Tarifforderungen. Die hohe Inflation trifft besonders Niedrigverdienende und Alleinerziehende. Die Konzerngewinne sind im letzten Jahr durch die Decke gegangen. Doch für die Beschäftigten in

den Kitas, Krankenhäusern, der Sozialarbeit und auf den Ämtern ist angeblich kein Geld da. In sozialen Bereichen arbeiten mehrheitlich Frauen. Der 8. März ist aber nicht nur der internationale Tag für den Kampf um gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen in den sogenannten »Frauenberufen«. Es ist unser Tag, um sichtbar zu machen: Wir wollen mehr als das! Wir wollen Jobs, die zum Leben passen. Damit genug Zeit bleibt für Familie, Engagement, Hobbys und Freundschaften. Wir wollen Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas und Schulen, auf die sich alle verlassen können – unabhängig vom Geldbeutel. Frauen bekommen in Deutschland immer noch 18 Prozent weniger Lohn als Männer und arbeiten häufiger in Teilzeit oder Minijobs. Die Betreuungszeiten in Kitas werden derzeit gekürzt. Diese Kürzungen sind auf Dauer nicht akzeptabel. Eltern und Erzieher:innen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Seit Jahren schon besteht ein struktureller Mangel an Ausbildungsangeboten für Fachpersonal. Die kommunalen Kassen sind leer; aber für die Reichen gibt es Sondergewinne und Steuergeschenke. Die Beschäftigten müssen das durch Stress und Mehrarbeit ausgleichen. Wir unterstützen deshalb sowohl Erzieherinnen, die für bessere Arbeitsbedingungen eintreten, als auch Eltern, die sich gegen die Kürzung der Kita-öffnungszeiten wehren. Kinder und Beruf müssen vereinbar sein. Wir wollen bei der vorschulischen Bildung kein Zurück ins letzte Jahrhundert.

**Gerlinde Strasdeit (Linke-Stadträtin) am Internationalen Frauentag**



### 600 Aufrufe mit Blumen zum Internationaler Frauentag am 8. März

DIE LINKE im Kreisverband Ludwigsburg überreichte zum Internationalen Frauentag an den Bahnhöfen in Bietigheim, Ludwigsburg, Kornwestheim und Marbach an die ankommenden Frauen eine Rose und einen Aufruf für mehr Gleichberechtigung. Am 7. März war „equal pay day“ was bedeutet, dass Frauen bis zum 7. März rechnerisch gegenüber den Männern umsonst gearbeitet haben. Sie haben durchschnittlich 18% weniger verdient; in Baden-Württemberg sind es sogar 23%! Es geht aber auch um körperliche Selbstbestimmung, Frieden und gerechte Verteilung der Sorgearbeit.



# LINKEr Aufbau auf dem Land – der Ortsverband Horan

Wir befinden uns in einer Zeit, in der eine linke Position wichtiger denn je ist. Die Armut in der Bevölkerung steigt, die Renten werden geringer, aber auch der Klimawandel schreitet weiter voran. Vor allem städtische Verbände ergreifen starke Positionen zu wichtigen Themen. Dies ist essentiell, um unsere Partei auch in Krisenzeiten zu stärken. Jedoch wird leider oft die Wichtigkeit der Linken in ländlichen Gegenden vergessen.

Wir als ländlicher Ortsverband Horan (Hockenheim, Reilingen, Altlußheim, Neulußheim) wissen nur zu gut, wie schwer es ist, einen aktiven Verband im ländlichen Raum zu halten.

Deswegen aber auch trotzdem haben wir kollektiv beschlossen, dass wir alle Mühen auf uns nehmen möchten, DIE LINKE in unserer Region an der Basis zu stärken. In der letzten Zeit haben wir vor allem junge Mitglieder gewonnen, sind aber insgesamt ein sehr diverserer Ortsverband, dessen ältestes Mitglied 90 Jahre alt ist und dessen jüngstes Mitglied 16 Jahre alt ist. Regelmäßige für die Öffentlichkeit offene Treffen in Räumlichkeiten eines lokalen Sportvereins, sowie einen regelmäßigen und verlässlichen Rhyth-

mus an Infotischen alle 8 Wochen, rotierend an den verschiedenen Orten des Ortsverbandes sind die ersten Schritte, welche auch bereits positive Erfahrungen mit sich gebracht haben. Insbesondere zum Thema Mieten, in der Stadt Hockenheim, war der Anklang sehr gut. Gemeinsam beschlossene kleine Aktionen, wie Spenden an den Verein „NALA e.V.“ tragen zur Sichtbarkeit und vor allem auch zu gemeinsamen Anliegen bei. Wir möchten in Zukunft unsere Präsenz in den Orten und bei den Menschen noch weiter steigern und werden im Sommer mit der Vorbereitung der 2024 anstehenden Kommunalwahlen beginnen. Über eine tiefere regionale Verankerung hinaus, möchten wir damit vor allem den Menschen linke Perspektiven auch auf kommunaler Ebene anbieten, sie damit mitnehmen und begeistern.

Wir freuen uns auf eine weitere kämpferische Herangehensweise und hoffen, dass andere Ortsverbände nicht den Mut verlieren, egal wie schwer es scheint!

**Helena Tanke für den Ortsverband Horan.**



## Lust auf linke Kommunalpolitik?

Wir Linke treten zu den Kommunalwahlen 2024 an. Wer macht mit? Wir engagieren uns für soziale Städte und Gemeinden, für eine klimagerechte Verkehrswende und bezahlbares Wohnen. Wir bekämpfen Armut und wollen privaten Reichtum begrenzen. [MeineStadtFürAlle.de](http://MeineStadtFürAlle.de)

Sozialticket  
Lust auf Kommunalpolitik?  
Es beginnt hier:  
Mitbestimmung  
ÖPNV  
Schulsanierung  
Mieten runter  
Klimagerechtigkeit  
Gesundheitsversorgu  
Kultur  
Kinder & Kitas

### Ich bin dabei, ich will...

- Infos zugeschickt bekommen.
- zu einem ersten Treffen kommen.
- mich kommunalpolitisch einbringen und engagieren.

Vor- und Zuname:

Straße und Hausnummer:

Postleitzahl und Ort:

Telefon:

E-Mail:

Ich hab Lust auf Linke Kommunalpolitik, weil:

Bei uns vor Ort abgeben oder schicken an:  
DIE LINKE, Falkertstr. 58, 70176 Stuttgart

**DIE LINKE.**

VERSP. Silvia Mrow, DIE LINKE, Falkertstr. 58, 70176 Stuttgart



**DIE LINKE.**

„Alles verändert sich,  
wenn du es veränderst.“  
Rio Reiser (Ton, Steine, Scherben)

## Sanierung statt Abriss des Postgiroamtes in Karlsruhe

„Sanierung statt Abriss“ – die Umnutzung von bestehenden Gebäuden statt Gebäudeabrissen und Neubauten dient der Einsparung von CO<sub>2</sub>, auch „Graue Energie“ genannt. Dieses Thema beschäftigt zunehmend und bundesweit Stadtplaner\*innen, Architekt\*innen und Kommunen. Einsparung von Grauer Energie im Bausektor kann ein erheblicher Beitrag zum Klimaschutz sein und muss daher Eingang in kommunales Handeln finden.

In der Stadtverwaltung Karlsruhe ist das Thema noch nicht in seiner Tragweite angekommen. Die Antworten der Stadtverwaltung auf eine Anfrage der LINKEN-Gemeinderatsfraktion zum Thema waren ernüchternd: Die Stadt könne keine Angaben zu Bauschuttmengen aus Abrissen, sowie zu verschwendeter Grauer Energie durch Abrisse und Neubauten in Karlsruhe machen. In ihrer Antwort verweist die Stadtverwaltung auch auf Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Grauen Energie. Die Stadt müsste es besser wissen. Bei Bauvorhaben des Bundes werden unseres Wissens auch in Karlsruhe entsprechende Daten erhoben und es gibt von verschiedenen Organisationen, wie bspw. der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) Tools zur Ermittlung der Grauen Energie.

„Wir wollen, dass die Stadtverwaltung und der Gemeinderat zukünftig eine neue klimaschonende Baupolitik betreiben,“ fordert LINKEN-Stadträtin Mathilde Göttel. „Gebäude sollten nicht länger „Wegwerfprodukte“ sein, die gebaut, abgerissen und

neu gebaut werden. Das Gebiet um das Ettlinger Tor mit ECE, Landratsamt, Staatstheater und Postgiroamt soll nicht weiter zur CO<sub>2</sub>-Schleuder Karlsruhes ausgebaut werden. Der Abriss des Landratsamtes ist aktuell im Gange. Ein Abriss des Postgiroamts würde, angesichts seiner Bauweise, die CO<sub>2</sub>-Bilanz in Karlsruhe erneut massiv belasten.“

Deshalb hat die LINKE-Fraktion beantragt, am Beispiel des ehemaligen Postgiroamtes in der Kriegsstraße am Ettlinger Tor, einen klimafreundlichen Weg einzuschlagen und in diesem Sinne Gespräche mit dem Besitzer der Immobilie zu führen. „Noch geht die Stadtverwaltung aus unserer Sicht den falschen Weg. Die Stadtverwaltung wirbt bei den Gemeinderatsfraktionen für den Neubau eines Hochhauses als Teil einer Karlsruher Skyline am Ettlinger Tor. Wir denken anders: statt einen großen und massiven Betonbau abzureissen, sollte der Erhalt und die Sanierung des bestehenden Gebäudes Ziel der städtischen Planungen werden.“ Um den Effekt auf das Klima beziffern zu können, fordert der LINKEN-Antrag, die Menge an verschwendeter grauer Energie, die ein Abriss des ehemaligen Postgiroamts bedeuten würde, konkret an diesem Gebäude zu ermitteln.

„Klimaschutz hat viele Gesichter. Sanierung statt Abriss – gerade bei zukünftigen großen Stadtentwicklungsprojekten – ist eine wichtige Voraussetzung für eine klimagerechte Stadtentwicklung“, so Mathilde Göttel.

## Reduzierte 365-Euro Jugendtickets und 49-Euro Deutschlandtickets für Karlsruher Pass Besitzer\*innen sind beschlossen

Wie von der LINKEN-Gemeinderatsfraktion beantragt, sollen Karlsruher Pass Besitzer\*innen die neuen 365-Euro Jugendtickets sowie 49-Euro Deutschlandtickets zu einem um 50% reduzierten Preis erhalten. Eine Stellungnahme der Stadt zu unserem Antrag wurde im Hauptausschuss vom 18. April von OB Mentrup bestätigt.

„Damit profitieren auch Menschen mit geringem Einkommen in Karlsruhe von den neuen Tickets“, sagt LINKEN-Gemeinderat Lukas Bimmerle. „Günstige Tickets im Öffentlichen Nahverkehr sind eine Voraussetzung, damit auch Geringverdiener\*innen, Rentner\*innen und Kinder aus ärmeren Familien am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Attraktive Fahrpreis sind darüber hinaus wichtig für eine Mobilitätswende, weg vom motorisierten Individualverkehr, und damit für wirksamen Klimaschutz in Karlsruhe. Wir freuen uns, dass die Stadtverwaltung unserem Vorschlag gefolgt ist.“

Schlechter bleibt die Lage für Gelegenheitsnutzer\*innen des ÖPNV. Wie bereits im Januar beschlossen, sollen zum 1. August die Preise des KVV um durchschnittlich 9,7% steigen. Teure Einzeltickets werden sich aus Sicht der LINKEN-Fraktion dann negativ auf den Umstieg vom Auto zu Bussen und Bahnen in Karlsruhe auswirken.

### Mitmachen und Weitersagen!

Im Bundestag hat DIE LINKE mit ihrer Politik und als Opposition schon viel erreicht. Wir stehen hier für soziale Gerechtigkeit, Investitionen in Soziales, gute Arbeit, Bildung und Klimaschutz. Viele Menschen - jung und alt - sind in der LINKEN aktiv und bringen sich ein, für eine friedliche und gerechte Gesellschaft, vor Ort, in Europa und weltweit.

Gerade in Orten, in denen wir bereits Kommunalpolitik machen, wissen die Menschen, dass es sich lohnt DIE LINKE zu wählen. Vor Ort haben wir günstige Bus- und Bahntickets erkämpft, wir engagieren uns gegen steigende Mieten und wir verhindern mit unseren Stimmen die Kürzungspolitik der anderen Parteien in wichtigen sozialen Bereichen.

Unsere Ideen wollen wir bei den nächsten Kommunalwahlen in weiteren Städten und Gemeinden einbringen. Auch in Deiner Stadt, oder in Deinem Landkreis - und dazu brauchen wir Dich, Deine Freunde und Bekannte, die Lust auf LINKE Kommunalpolitik haben. Soziale Gerechtigkeit und konsequenter Klimaschutz beginnen vor Ort!

Wir sind im Land gut vernetzt und unterstützen die Arbeit unserer engagierten Mitglieder und Aktiven. Wir bieten Kurse und Bildungsangebote an, um das Handwerkszeug zu vermitteln und um gemeinsam Ideen zu entwickeln.

**Mach mit!** Eine solidarische und lebenswerte Gesellschaft entsteht dann, wenn wir uns gemeinsam einbringen und gerade in der heutigen Zeit rechten Hetzer\*innen nicht das Feld überlassen.

### Das ist uns wichtig. Dir auch?

- **Investitionen für lebenswerte Kommunen:** Wir wollen die Finanzen von Städten und Gemeinden mit einer gerechten Steuerpolitik stärken, die hohe Einkommen und Millionen-Erben zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzieht.
- **Bezahlbares Wohnen für alle - natürlich barrierefrei:** Wir wollen eine soziale und ökologische Bodenvorratspolitik, die Grundstücke in kommunaler Hand behält und Flächenfraß verhindert und den Bau von Sozialwohnungen mit kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften.
- **Energiewende ökologisch und sozial gestalten:** Wir wollen Stadtwerke in öffentlicher Hand behalten oder neu gründen. Wir wollen das Pariser Klimaschutzabkommen in Kommunen konkret umsetzen.
- **Kommunen für Jung und Alt:** Wir wollen Armut bekämpfen mit gebührenfreien Kitas, günstigen Eintrittspreisen für Schwimmbäder und gut bezahlten Erzieher\*innen. Wir wollen mehr Personal in Pflege und Gesundheit und eine wohnortnahe Versorgung sichern.
- **Solidarität statt Hetze:** Wir wollen Teilhabe und Chancengerechtigkeit für Geflüchtete und Migrant\*innen ermöglichen. Wir stellen uns Rassist\*innen entschieden in den Weg.
- **Klimagerechte Mobilitätswende:** Wir wollen Bus, Bahn, Fuß- und Radverkehr ausbauen. Wir wollen Nahverkehr für maximal 1 Euro am Tag und Nulltarif für Schüler\*innen, Azubis, Studierenden und Menschen ohne Einkommen.
- **Kultur für alle:** Wir wollen lokale Kulturangebote wie kommunale Kinos, Theater, Jugend- und Gemeinschaftshäuser stärken. Wir wollen die Förderung lokaler Künstler\*innen und Kulturprojekte.



## Kommunalpolitik ist Realpolitik

# Calw: Als einzelner Abgeordneter im Kommunalparlament

Als Einzelperson im Parlament hat man besondere Probleme, denn man kommt an keinen Ausschusssitz, in keine Arbeitsgruppe, in keinen Vorstand irgendeines Eigenbetriebs – schlichtweg nirgendwohin, wo Entscheidungen vorbereitet werden. Der einzige legitime Sitz, den eine Einzelperson beanspruchen kann, ist der Sitz im Plenum, wo in der Regel die vorbereiteten Entscheidungen nur noch abgenickt werden. Jeder Diskussionsbeitrag erscheint da nur lästig. Soweit der Hintergrund.

In Calw, der Stadt aus der ich berichte, hat man ein besonderes Gremium, das eigentlich keines ist, jedoch einst eines war. Ich spreche vom Ältestenrat, welcher laut Gemeindeordnung die Vorsitzende:n in Fragen der Tagesordnung berät. Aufgrund von Beschwerden aus der Bevölkerung, dass dieser Ältestenrat doch nur eine Mauschelgruppe sei, wurde dieses Gremium kurzerhand aufgelöst. Um dem nach wie vor vorhanden Gesprächsbedarf gerecht zu werden, hat man den informellen „Ältestenrat“ gegründet, der fortan „Sitzung der Fraktionsvorsitzenden“ hieß und in dem sich die gleichen Personen wie zuvor befanden. Es wird auch nach wie vor gemauschelt – nur eben informell. Da nur der Bürgermeister zu Sitzungen einlädt, kann er auch bestimmen, wer daran teilnimmt. Also auch Einzelpersonen aus dem Rat. Auf dieser Schiene konnte ich einen Fuß in die Tür bringen und anfangen dicke Bretter zu bohren.

Es grenzt an ein Wunder, dass es mir gelungen ist, nach der recht kurzen Zeit von einigen Monaten im Gemeinderat, in den Haushaltsplanberatungen Anträge einzubringen, zu denen ich eigentlich gar nicht berechtigt bin – laut Gemeindeordnung. Nicht nur das, ein Antrag mit der Summe von

„Es grenzt an ein Wunder, dass es mir gelungen ist, nach der recht kurzen Zeit von einigen Monaten im Gemeinderat, in den Haushaltsplanberatungen Anträge einzubringen, zu denen ich eigentlich gar nicht berechtigt bin – laut Gemeindeordnung.“

immerhin 10.000,- Euro ist in der Abstimmung mit 11 zu 10 Stimmen akzeptiert worden.

Vordergründig ging es dabei um die Förderung von naturnahem Gartenbau. Der Hintergrund bestand in der Missbilligung der um sich greifenden Unart, seine Gärten mit Steinen voll zu schmeißen und sie dadurch zu versiegeln. Ein solcher Garten bietet nichts für Insekten und Vögel, er heizt sich im Sommer auf und bei Regenfällen speichert er kein Wasser. Obendrein sind solche Praktiken seit über zwei Jahren verboten.

Der Erfolg ist eines, seine Umsetzung ein anderes. Es mussten zwei Jahre vergehen, bis es sich nach viel Bohrstaub innerhalb der Verwaltung plötzlich bewegte. Im vergangenen Sommer lief eine Ausschreibung, auf die rund fünfzig Bewerbungen eingingen. In einer mehrwöchigen Besuchsreihe durch die Gärten hat eine Jury Preise vergeben, bei der niemand leer ausging. Es gab Geldpreise, Buchpreise, Geschenkkörbe und Lobpreisungen bei einer öffentlichen Veranstaltung mit Pressebeteiligung und Bericht im Journal und in der Mitarbeiterzeitung der Stadtverwaltung und...und. Da aufgrund einer regen Beteiligung von Naturschutzverbänden und Regionalverbänden aus dem Bereich „Schutz von Flora und Fauna“ die Finanzierung mehr als gesichert war, gibt es noch so viel Haushaltsreste, sodass eine Fortsetzung dieser Aktion gesichert ist. Man plant, in diesem Jahr mit Betrieben ins Gespräch zu kommen, um auch die Möglichkeiten innerhalb betrieblicher Liegenschaften auszuloten. Alles in Allem gesehen eine gute Sache, die Nachahmer sucht.

**Von Erhard Hofmann, Stadtrat**

## Erfolg in der Kleinstadt

Weinsberg hat 12.500 EinwohnerInnen und seit der letzten Kommunalwahl eine LINKE-Fraktion mit zwei Mandaten. Seither haben wir vor allem unsere Schwerpunkte Kita und sozialer Wohnungsbau eingebracht. Mittlerweile werden die Erzieher\*innen besser bezahlt und es gibt mehrere Projekte für sozialen Wohnungsbau in Weinsberg, was für eine Kommune dieser Größe bislang eine Ausnahme darstellt. Das lag nicht nur an uns, aber wir freuen uns trotzdem. An einer sozialen Staffelung der Kindergartenbeiträge sind wir weiterhin dran, sehen aber bisher einer absoluten Mehrheit gegen die Idee. Das liegt auch mit der unzureichenden finanziellen Ausstattung der Kommunen zusammen und wurde in den aktuellen Haushaltsreden allgemein so kritisiert.

Unsere Anträge zu einem Notfalltopf für Energiearmut bei SeniorInnen, Spielgeräte auf den Spielplätzen für unter 3-Jährige und eine Machbarkeitsstudie für eine Radstraße durch die ganze Innenstadt wurden in den letzten beiden Haushaltsdiskussionen jeweils einstimmig angenommen. Dabei ist der Notfalltopf mit anfänglich 5.000 Euro gefüllt und bei der Beratungsstelle für SeniorInnen angesiedelt. Er soll unbürokratische Hilfe bei Zahlungsunfähigkeit sein und Strom- und Gassperren oder Mietkündigungen verhindern.

Die Fahrradstraße soll das Rückgrat einer durchdachten Radinfrastruktur sein und von einem Ende der Stadt zum Bildungszentrum am anderen Ende führen. Dabei soll die Radstraße eine autofreie oder -beruhigte Strecke sein, auf der neben Radfahrer:innen auch Fußgänger:innen, Rollstuhlfahrer:innen, Rollatorfahrer:innen und spielende Kinder Platz finden.

Einer Initiative für Stolpersteine in Weinsberg konnten wir durch Druck im Gremium ebenfalls zum Erfolg verhelfen. Nun sind die ehemaligen jüdischen Bewohner:innen Weinsbergs und ihre ehemaligen Wohnorte benannt und ein erinnern ist möglich.

Also bei all den Schwierigkeiten und finanziellen Begrenzungen in der Kommunalpolitik geht doch was in den kleineren Städten. Und der Vorteil ist, die Stadträtinnen und Stadträte werden in der Bevölkerung erkannt und angesprochen.

**Von Juliana Frisch und Florian Vollert, Stadtrats-Mitglieder in Weinsberg**



Juliana Frisch und Florian Vollert

## Aufschlag zur flächenschonenden, effizienten regenerativen Energieerzeugung

Ohne Zweifel, Erneuerbare Energien (EE) müssen schnellstens in dieser Dekade ausgebaut werden. Für eine dezentral aufgestellte und dem gebotenen Klimaschutz genügende Stromversorgung. Natürliche Ressourcen dürfen jedoch bei der Deckung des Energiebedarfs nicht hintenangestellt werden. Wenn gesagt werde, ein siebenfacher Energieaufwand für eFuels sei mit klimafreundlicher EE egal, so ist dies Humbug. Denn auch die EE verbrauchen Ressourcen. Auf diese Problematik machte jüngst das Manifest der Völker des Südens für eine ökosoziale Energiewende aufmerksam und nimmt dabei den globalen Norden in die Pflicht. Oberste Priorität hat die Reduktion des Bedarfs, denn nicht nachgefragter Strom muss nicht produziert werden.

Technische Raumwirkung, Kosten und schnellstmöglicher Ausbau sind Parameter der Abwägung. In der energetischen Flächeneffizienz spiegelt sich die gesamte benötigte Fläche für die Leistungsgewinnung wieder.

- Photovoltaikanlagen (PVAs) auf Dächern und Parkplätzen sind natürlich am effizientesten bzgl der Raumwirkung und bei allem Ausbau der EE vorzuziehen. Ausbeute 10.000 MWh/ha/a. Höhere Kosten gegenüber Freiflächen-PVAs (FF-PVA) und Umsetzungsmotivation der Dacheigentümer sind jedoch Bremsklötze.
- Biogasanlagen erfordern den Anbau energiereicher Pflanzen (Mais). Dies geschieht intensiv auf großen Ackerflächen mit hohem Pestizideinsatz. Ausbeute 12-18 Mwh/ha/a.

Dazwischen stehen Windenergieanlagen (WEAs) und FF-PVAs in der Diskussion: WEAs haben bezogen auf die technische Anlage nach den Dach-PVAs den geringsten Flächenbedarf und damit die höchste Flächeneffizienz.

FF-PVAs in Ost-West Richtung liefern zur Mittagszeit den größten Ertrag. Aufstellung in Nord-Süd Richtung mit senkrechten Modulen für die Sonne aus Ost und West liefern am Morgen und am Abend den höchsten Ertrag, während über Mittag der Ertrag sinkt. Beides ergänzt sich bezüglich der Leistungspeaks im Tagesgang.

Unter allen Anlagentypen sind FF-PVAs konkurrenzlos günstig. Als zusätzliche „Bewirtschaftungsart“ sind sie geeignet, den Ausbau der EE zu beschleunigen.

Solarparks mit einer maximalen Überbauung von 70 Prozent bis hin zu Agri-PV Anlagen eröffnen sogar Vorteile als geschützte Bereiche für Arten, Entwicklung von extensiven Weideflächen, Beschattung von Sonderkulturen.

Eine massive Belegung von Agrarflächen mit PV-Anlagen kann allerdings Karten für eine gewerbliche Nutzung legen. Im Flächennutzungsplan mag dann zwar noch Sondergebiet (SO) stehen, die Fläche damit scheinbar vor Beschlagnahme für Gewerbe geschützt. Doch für Zieländerungen werden FNPs regelmäßig angefasst.

Die Ausdehnung muss mit Maß in der Landschaft im Sinne einer anzustrebenden kleinteilig strukturierten Landschaft sein.

Somit gilt: Soviel PVAs auf Dächern wie möglich und so wenig PVAs auf Freiflächen wie nötig. Realisierung Freiflächen PVAs für Zeitgewinn. Aufbau Stromspeicherkapazität für 2 Tage Dunkelflaute mit Deckung des Bedarfs zu 80% per PVA und 80% per WEA. In Summe also 160%, Ableitung Überschuss in Stromspeicher oder andere Regionen.

**Matthias Böhringer, Landessprecher der LAG Ökologische Plattform Baden-Württemberg**

## Reiche müssen für die Rettung des Klimas bezahlen

Die Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen ist gut. Würde sie ernst genommen, wäre eine radikale Änderung unserer Wirtschaftsweise und unseres Umgangs mit der Natur und dem Klima dringend geboten. Dazu braucht es Mut und schnelles Handeln, damit es nicht bei einem einfachen Grundsatzbeschluss bleibt. Gerade daran hapert es gewaltig. Zwischen Bekenntnissen und konkreter Politik der Ampelregierung liegen Welten.

Statt die Armut zu senken, steigt sie weiter an. Dabei muss es doch eigentlich selbstverständlich sein, dass es in einem reichen Land keine Armut und keine Kinderarmut geben darf. Mehr als 800 Millionen Menschen leiden weltweit an Hunger. Die Bundesregierung rühmt sich 880 Millionen Euro für Ernährungssicherheit zu mobilisieren. Für die Aufrüstung der Bundeswehr geben sie zusätzlich 100 Milliarden Euro aus. Welt-

weit sind es 2,1 Billionen Dollar. Das ist doch völliger Irrsinn.

Deutschland hat trotz geringerem Energieverbrauch seine eigenen Klimaziele weit verfehlt. Die Ursachen liegen beim Rückgriff auf die Kohle, Verkehr und Gebäuden. Wer Lützerath abbaggern, den Fechenheimer Wald roden lässt, noch nicht einmal ein Tempolimit hinbekommt geschweige denn eine nachhaltige Verkehrswende, wer bei den regenerativen Energien die Reformgeschwindigkeit der katholischen Kirche unterbietet wird nicht für Klimagerechtigkeit sorgen.

Die Verteilungsgerechtigkeit ist katastrophal. Von den Vermögenszuwächsen entfielen seit 2020 ganze 81 Prozent auf das reichste eine Prozent der Bevölkerung, errechnete Oxfam. Während Millionen Menschen nicht wissen, wie sie die gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise bezahlen sollen, knallen bei den Konzernen und Milliardären die Champagnerkorken. Sie sind die Gewinner der Krisen unserer Zeit. Diese Bundesregierung ist nicht in der Lage eine Übergewinnsteuer auf den Weg zu bringen, die andere Länder längst eingeführt haben. Für eine gerechte Besteuerung von Reichtum und Vermögen fehlt der Ampelregierung ohnehin der nötige Mut.

Uns läuft die Zeit davon. Wir dürfen uns nicht durch die Greenwashingmaßnahmen der meisten Banken und Konzerne täuschen lassen. Wir können nicht länger zusehen, wie der Graben zwischen arm und reich immer größer wird. Wir haben nicht mehr die Zeit auf die Versprechen einer auf Wachstum und Profitmaximierung aufgebauten Wirtschaft hereinzufallen. Selbst der Club of Rome fordert, dass die reichsten 10 Prozent die Kosten für die Rettung des Klimas bezahlen müssen. Von solchen Einsichten ist diese Bundesregierung leider meilenweit entfernt. Deshalb sind die bisherigen Ergebnisse so kläglich. Das muss sich ändern und zwar schnell.

**Der Text basiert auf einer Rede von Bernd Rixinger im Deutschen Bundestag zum Thema Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung.**





## Hunderte fordern Solidarität

Am 1. Mai demonstrierten 700 Menschen für soziale Gerechtigkeit durch Heilbronn. RednerInnen von IG Metall Jugend und Verdi forderten dabei soziale Gerechtigkeit in Zeiten vielschichtiger Krisen und Inflation. Während Preise, Mieten und Nebenkosten durch die Decke schießen gibt es andererseits viele Wirtschaftsbereiche mit Rekordgewinnen wie in der Automobilindustrie und im Handel, namentlich sind in der Region Schwarzkonern und AUDI zu nennen. Mächtige Tarifauseinandersetzungen mit vielen Streikenden zeigten, dass es vielen Menschen langt. Was bisher fehlt ist eine Übergewinnsteuer, die etwa in Spanien für einen kostenfreien öffentlichen Nahverkehr benutzt wird. Das wäre doch was, dazu past auch das Transparent der LINKEN. Die machten ihren Maiabschluss beim Hausfest des Sozialen Zentrums in der Wollhausstraße.



## Bus und Bahn gut ausgebaut und bezahlbar für Alle

### DIE LINKE wirkt!

Die jahrelange hartnäckige Arbeit für eine klimagerechte Mobilitätswende unserer LINKEN Stadträt:innen im Stuttgarter Gemeinderat zahlt sich aus: für die Beschäftigten bei der Stadt Stuttgart und deren Beteiligungsunternehmen kommt mit Einführung des Deutschlandticket ein Jobticket zum Nulltarif. Bereits im Jahr 2019 forderte unsere Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION einen Nulltarif beim Jobticket. In einem Nachtragshaushalt im Herbst 2022 haben wir unsere Forderung erneuert und einen umfangreichen „Fonds für sozialen Zusammenhalt“ beantragt. Mit diesem Fond sollten zusätzlich auch Erzieher:innen und Pflegekräfte, sowie Menschen ohne Einkommen zum Nulltarif mit Bus und Bahn fahren dürfen.

### Nulltarif auch für Erzieher:innen und Pflegekräfte!

Jetzt hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen, dass alle 30.000 Beschäftigten und Mitarbeitenden der Beteiligungen und Eigenbetriebe (Klinikum, Stuttgarter Straßenbahnen, Stadtwerke, Stuttgarter Wohnungsbaugesellschaft) ein Jobticket zum Nulltarif bekommen. Vor allem gilt dies nun auch – infolge unserer Anträge – für alle Erzieher:innen, die in Stuttgart tätig sind, egal ob sie in städtischen oder freien Kitas angestellt sind. In Summe wird die Stadt Stuttgart dafür zunächst zusätzlich rund 12 Millionen Euro ausgeben. Diese sind angesichts der dringend notwendigen Mobilitätswende und des Fachkräftemangels gut investiertes Geld. Sehr wichtig ist uns jetzt, dass die Stadt ebenfalls allen Inhaber:innen der Bonuscard ermöglicht zum Nulltarif mit Bus und Bahn zu fahren. Das wäre ein bedeutender Schritt in Richtung Gerechtigkeit und kostenlosem Nahverkehr für Alle.

### Klimagerechte Mobilität - ökologisch und bezahlbar!

Um die Klimakatastrophe abzuwenden braucht es eine klimagerechte Mobilität in Stuttgart, die ökologisch und bezahlbar für alle ist. Die Zukunft der Mobilität sehen wir neben dem Fuß- und Radverkehr insbesondere im öffentlichen Nahverkehr: günstig bis kostenlos, flächendeckend ausgebaut und mit guten Löhnen für die Beschäftigten. Das 9-Euro-Ticket hat gezeigt, dass ein günstiger Nahverkehr die Zahl der Nutzer:innen von Bus und Bahn steigert und gerade Menschen mit niedrigen Einkommen mehr Mobilität und Teilhabe ermöglicht. Mehr Nutzer:innen im Nahverkehr lösen auch eine größere Nachfrage in der Produktion von Schienen, Schienenfahrzeugen und Bussen aus. So können auch am Standort Stuttgart Industriearbeitsplätze gesichert, umgebaut und neue geschaffen werden. Wenn die Autoindustrie eine sozialökologische Transformation bei ihren Produktionslinien



Bernd Riexinger und Luigi Pantisano zusammen mit Genoss:innen am 1. Mai

beginnt, statt immer größere und teurere SUV und Luxusautos zu produzieren.

Ob in Berlin oder Stuttgart, DIE LINKE ist die einzige Partei, die Klima und Soziales konsequent zusammen denkt.

**Luigi Pantisano und Dennis Klor, Stuttgart**

### Wir müssen selbst aktiv werden!

Für uns ist als Partei klar: Reden alleine genügt nicht, wir müssen an der Basis selbst aktiv werden! DIE LINKE. Stuttgart hat vor einigen Monaten das Bürgerbegehren „365stuttgart“ ins Leben gerufen. Bei Aktionen in der ganzen Stadt konnten wir bisher über 10.000 Unterschriften für unsere Forderungen für maximal 1 Euro am Tag und für einen Nulltarif für Schüler:innen, Studierende, Azubis und Menschen ohne Einkommen sammeln. Dabei wird der Druck auf den Gemeinderat umso größer, je mehr Menschen mitmachen. Viele unterschiedliche Personen wurden so Teil der Initiative – vielleicht auch bald Du? Es gibt viele Wege, aktiv zu werden. In regelmäßigen Aktiventreffen kommen wir zusammen und planen Aktionen und Veranstaltungen. Wir erreichen mit unserer [www.365Stuttgart.de](http://www.365Stuttgart.de) Kampagne viele Mitglieder und auch einige Nichtmitglieder. - wie Aktivist:innen in der Klimabewegung. (Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung Seite 21) In den letzten Monaten lag der Schwerpunkt der Kampagne in der Unterstützung von ver.di bei den laufenden Tarifauseinandersetzungen, die auch den Tarifvertrag im ÖPNV betreffen. Zusätzlich haben wir ein Bündnis mit SDS, Jusos, Grüner Jugend und einigen Studierendenvertreter:innen geschaffen, um für die Abschaffung der Altersgrenze von 27 Jahren beim Jugendticket zu kämpfen. Eine wichtige Bündnisarbeit, die uns auch bei unserem Ziel für einen Nulltarif in Bus und Bahn

Vincent Brecht

## Lebensqualität und kommunale Daseinsvorsorge für Alle in Rottenburg sichern

### Breites Bündnis fordert, den Flächenfraß im Ländle zu stoppen

Spätestens in diesem Jahr will der Rottenburger OB Neher einen Planfeststellungsbeschluss im Gemeinderat für den dreispurigen Ausbau der B 28 neu erreichen. Schon bisher wurden für den Ausbau der B 28 neu zwischen Tübingen und Rottenburg 40 Hektar (12 ha für Fahrbahnen, 28 ha für Böschungen, Bankette und Restflächen) neu versiegelt und dafür über 56 Mio. Euro ausgegeben.

Laut Regierungspräsident Klaus Tappeser soll durch den dreispurigen Ausbau auf 4,5 km der LKW-Verkehr beschleunigt werden. Wer die Streckenführung um das Gewerbegebiet Sülchen mit seinen drei Ampeln und den permanenten Einfädelungen vor Augen hat, fasst sich über solch weltfremde Aussagen an den Kopf!

Die regionalen Vertreter der Naturschutzverbände BUND und LNV protestieren: „Das Regierungspräsidium plant und baut überregionale Straßen, als gäbe es weder eine Klima noch eine Biodiversitätskrise. Mithilfe von Unsummen an Steuergeldern wird mit jedem weiteren Straßenbauprojekt eine überholte Verkehrspolitik zementiert.“ Hinzu kommt die Planung eines neuen Wohngebietes auf 12,8 ha in vier Bauabschnitten im Oberen Feld, das der Gemeinderat mehrheitlich im Juni 2020 beschlossen hat. Im ersten Bauabschnitt sollen 45-85 Wohneinheiten entstehen. Dabei „übersieht“ das Bürgermeister-Trio im Rathaus, was in den Planungsunterlagen des Regierungspräsidiums Tübingen über Streuobstwiesen und das Gelände am Heuberger Hof steht: „Es handelt sich beim Planungsraum – insbesondere beim Bereich um den Heuberg – um einen sehr sensiblen Naturraum. Dort befinden sich umfangreiche artenreiche FFH-Mähwiesen und Streuobstbestände. Darüber hinaus sind dort u.a. Vorkommen hochgradig gefährdeter Arten wie Eremit, Grauammer und Rebhuhn sowie Jagdhabitats zahlreicher Fledermausarten. Darüber hinaus liegt der gesamte Planungsraum in den Wasserschutzgebieten Bronnbachquelle und Kiebingen. Im östlichen Bereich ist darüber hinaus ein großflächiger Denkmalbereich betroffen.“

### Flächenfraß, auch in Rottenburg

Doch Bürgermeister Bednarz (SPD) wittert eine Chance: Eine neue Zufahrt am Eratskirch zur B28 neu sei „wünschenswert“, wenn dort noch zusätzlich ein Gewerbegebiet hinkäme – (nur) dann könne man die Bedürfnisse der Anwohner berücksichtigen. Diese Aussage ist ungeheuerlich, weil sie das berechnete Interesse nach notwendigem Wohnraum von neuer Flächenversiegelung für Gewerbe abhängig macht!

Schon der bisherige Ausbau der B 28 neu hat 40 ha neu versiegelt. 2021 wurden im Ländle täglich 6,2 Hektar neu versiegelt, im Jahr hat das die Größe von 3.000 Fußballfeldern. Dies macht den Koalitionsvertrag von Grün/Schwarz zur Makulatur, in dem maximal 2,5 ha täglich und bis 2034 keine Neuversiegelung versprochen wurde.

### Überlebenswichtiger Bodenschutz

Böden sind Lebensraum für Mensch und Natur, sie können nicht vermehrt werden. 48 Prozent aller Flächen in Deutsch-

land dienen der Landwirtschaft für die Herstellung unserer Lebensmittel wie Getreide, Gemüse, Obst sowie der Viehwirtschaft. Die Böden ermöglichen

wesentlich die Biodiversität durch eine große Artenvielfalt an Pflanzen und Tiere in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit. Das dramatische Artensterben gefährdet vor allem die Herstellung unserer Nahrungsmittel (Bestäubung der Nutzpflanzen durch Bienen). Moore und Wälder sind wichtig als CO<sub>2</sub>-Speicher, eine nachhaltige Holzproduktion und für die Naherholung der Menschen.

Eine immer größere Rolle spielen unversiegelte Böden für die Aufnahme von Niederschlägen, Versickerung und

„Böden sind Lebensraum für Mensch und Natur, sie können nicht vermehrt werden. [...] Die Böden ermöglichen wesentlich die Biodiversität durch eine große Artenvielfalt an Pflanzen und Tiere in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit.“

Umwandlung des Regens in Trinkwasser. Böden sind Wasserspeicher, für die Bevölkerung, für die Bewässerung der Landwirtschaft und die Erzeugung von Energie. Deshalb gibt es gegenwärtig von Hamburg bis Bayern große Proteste, wenn Mineralwasserkonzerne wie Coca-Cola, Red Bull, Edeka, Aldi und Nestlé Grundwasserquellen von Kommunen aufkaufen, die in Finanznot sind. Die neue nationale Wasserstrategie der Bundesregierung bietet davor keinen Schutz, weil sie das Recht der Menschen auf eine Grundversorgung mit Trinkwasser nicht an die erste Stelle setzt! Die Versiegelung neuer Böden hat also enorme Folgen für unsere Lebensqualität und alle Dienstleistungen der örtlichen Daseinsvorsorge.

### Welche Prioritäten?

Selbstverständlich benötigen wir Böden für die von vielen missachtete Landwirtschaft, für Wohnungsbau, für Kitas, Schulen, Pflegeheime und Krankenhäuser und für die Landwirtschaft. Da Flächen jedoch begrenzt sind, bedarf es einer Gesamtplanung, einer Setzung von Prioritäten und neuer Ideen. So müssen mehrstöckige Häuser beim Wohnungsbau auch in den Teilorten Vorrang bekommen und zusammen mit Grünflächen und Baumanpflanzungen geplant werden, die Artenvielfalt muss beachtet werden. Denn die Naturumgebung ist Teil unserer Lebensqualität und nutzt dem Gemeinschaftsgefühl. Die Landwirtschaft benötigt größere Förderung, um mit regionalen Produkten die Abhängigkeit und die langen Lieferwege der Discounter (mit hohem CO<sub>2</sub>-Verbrauch) zu vermindern. Dafür nützen Bauernmärkte und andere Nahversorger. In der städtischen Gesamtplanung sind beim Wohnungsbau Kitas, Schulbauten und Spielplätze mitzuplanen. Riesenparkplätze vor Supermärkten können wir uns nicht mehr leisten!

**Dr. Emanuel Peter, ehemaliger Stadtrat Rottenburg**





## Endlich ein Mehr an bezahlbaren Wohnungen!

Künftig strebt die Reutlinger Wohnungsgesellschaft GWG einen Anteil von 70 Prozent öffentlich geförderter Wohnungen an. Es sollen keine Projekte an der wirtschaftlichen Umsetzbarkeit scheitern – stattdessen werden Querfinanzierungen eingesetzt, um das ambitionierte Ziel tatsächlich zu erreichen. Mindestens 40 Prozent des GWG-eigenen Wohnungsbestandes werden an Mieter mit einem Wohnberechtigungsschein vergeben.

Wir haben bereits 2018 einen umfangreichen Antrag zur Neuaufstellung der GWG auf den Weg gebracht, der aber von der damaligen Verwaltungsspitze abgeblockt wurde. Denn wir hielten den Beschluss zur Reutlinger Wohnbauflächenoffensive für völlig unzureichend, den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu vermindern. In einem zweiten Anlauf mit Unterstützung der Grünen konnten wir erreichen, dass unsere Antragspunkte in einer GWG-Aufrichtsrats-Klausur konkretisiert und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung, mit dem eingangs genannten Ergebnis vorgestellt wurde.

2022 wurde der »Lebenslagenbericht Menschen in Wohnungsnot« vorgestellt. Darin wird eindrücklich dargestellt, dass für viele Menschen das Wohnen so teuer ist, dass zu wenig für ein würdiges Leben übrig bleibt. Es werden Lösungsansätze vorgeschlagen: »Mietpreisbremse, Umsetzung sozialer Wohnkonzepte, mehr sozialer Wohnungsbau, gemeinnützige Wohnprojekte, inklusive Wohnformen, sowie mehr Wohnraum für Zielgruppen, die besonders marginalisiert sind, mehr professionelle Unterstützung bei der Wohnungssuche und Konzepte gegen den Leerstand von Wohnungen.«

Als Linke haben wir die Probleme schon seit Langem erkannt und entsprechende Initiativen in den Gemeinderat eingebracht. In Reutlingen wurde durch unsere Initiative die soziale Wohnraumversorgung ein gutes Stück vorangebracht, aber in der Ver-

## Eine andere Wohnungspolitik ist möglich – und nötig!

Bericht zu Veranstaltungen mit Andrej Holm in Reutlingen und Stuttgart

Dafür zu sorgen, dass sich alle Menschen eine angemessene Wohnung leisten können, ist Aufgabe und Markenzeichen linker Politik. „Bezahlbare Miete statt fetter Rendite“ – so der Slogan der Kampagnenwebsite der LINKEN. Jedes Jahr 250 000 Sozialwohnungen mehr! Runter mit den Mieten! Mietwucher verbieten! Keine Spekulation mit Wohnraum! Immobilienkonzerne in die öffentliche Hand! Wie wir wohnen wollen: öffentlich, genossenschaftlich und gemeinnützig! Dies sind die zentralen Forderungen der LINKEN. Durch einen Volksantrag für einen Mietendeckel will DIE LINKEN Baden-Württemberg Druck auf die Landesregierung ausüben, damit diese endlich dafür sorgt, dass die Mietpreise nicht noch weiter explodieren und mehr öffentlicher und sozialer Wohnraum geschaffen wird. Dass eine kämpferische und klar adressierte Kampagne erfolgreich sein kann, zeigte der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ in Berlin. Mehr als eine Million Berliner, fast 60 Prozent der abgegebenen Stimmen votierten für die Enteignung großer privater Wohnunternehmen.

Wer nach Zahlen sucht, um zu begründen, warum es im Interesse der breiten Masse der Menschen unabdingbar ist, Wohnen anders zu organisieren als unter kapitalistischen Renditevorzeichen, der wird in den Büchern des Berliner Stadtsoziologen Andrej Holm fündig. Doch Andrej Holm beschäftigt sich nicht nur wissenschaftlich mit Wohnungspolitik und Gentrifizierung. Er engagiert sich darüber hinaus als Aktivist für das Recht auf Wohnen und ist in zahlreichen stadtpolitischen Initiativen aktiv. Dass eine andere Wohnungspolitik möglich und nötig ist, machte er in zwei Vorträgen in Stuttgart und Reutlingen deutlich, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg im März zusammen u.a. mit den Mieterinitiativen Stuttgart, dem Reutlinger Bündnis gegen Wohnungsnot, dem DGB Stuttgart und dem Kulturzentrum franz.K in Reutlingen organisierte.



waltung liegen unbearbeitet noch weitere Anträge von uns: Zur Verminderung der Leerstände durch ein Zweckentfremdungsverbot, Bauverpflichtung bei geeigneten Grundstücken und die Erstellung eines Baulücken- und Leerstandskatasters sowie eine Anfrage zu Belegungsrechten der Wohlfahrtsverbände und des Sozialamtes. Experten für Menschen in Wohnungsnot sind die Wohlfahrtsverbände und Beratungsstellen. Mit ihnen zusammen und mit Vertreter\*innen von SPD, Grünen, dem Deutschen Gewerkschaftsbund DGB, dem Mieterbund sowie weiteren Initiativen und Organisationen, haben wir ein Bündnis gegen Wohnungsnot initiiert.

Eines der Anliegen der Wohlfahrtsverbände ist es, Belegungsrechte auf Wohnungen zu bekommen, um Menschen zu helfen, die auf dem sogenannten freien Wohnungsmarkt keine Chance haben. Die Linke Liste freut sich über das bisher Erreichte – sie wird auch in Zukunft nicht nachlassen, beim Thema »Wohnen« ein besonderes Augenmerk auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu legen. Hierzu gehört auch, dass wir uns für gerechte und transparente Wohnungs-Vergabekriterien einsetzen werden.

**Rüdiger Weckmann, Stadtrat Reutlingen**

Klar wurde: „Der Markt“ kann das Problem, dass sich immer weniger Menschen mit ihrem Einkommen das Wohnen leisten können, nicht lösen. „Mehr Neubau“ führt nicht zu günstigeren Mieten. Privat gebaut werden teure Miet- und Eigentumswohnungen. Staatlich Fördergelder für den sozialen Wohnungsbau werden vielfach gar nicht abgerufen. Nur 10 Prozent der zwischen 2016 und 2021 bundesweit neu entstandenen Wohnungen waren Sozialwohnungen. Von den bestehenden Sozialwohnungen fielen zwischen 2007 und 2019 über 950.000 aus der Sozialbindung, fast 50 Prozent des Bestandes. Obwohl im gleichen Zeitraum die staatliche Wohnraumförderung um 10 Milliarden Euro zunahm. Statt privates Bauen und private Profite indirekt durch teure und wirkungsarme Förderprogramme oder direkt durch die Beteiligung an oder Übernahme von überteuerten Mieten (Wohngeld, Kosten der Unterkunft für ALG II-Empfänger:innen) zu subventionieren, sollte vielmehr die öffentliche Hand selbst Wohnraum bereitstellen. Wohnen könne dann als soziale Infrastruktur organisiert, d.h. koordiniert erstellt und gemeinschaftlich genutzt werden. Nicht mehr die Miete allein müsste dann die Erstellungs- und Bewirtschaftungskosten finanzieren. Vielmehr könnte die Finanzierung über Steuern eine zentrale Rolle spielen. Das historische Beispiel dafür findet sich im Roten Wien der 1920er Jahre. Ein transformatorisches Projekt auf dem Weg dorthin ist eine weitgehende neue Wohnungsgemeinnützigkeit, die eine dauerhafte Versorgungsorientierung, Gewinnbeschränkung, Zweckbindung der Überschüsse sowie steuerliche Entlastung und öffentliche Förderung für solches Bauen festschreibt.

Der Kampf um leistbares Wohnen bleibt ein wichtiges Kampffeld linker Politik. Die Aufgabe der LINKEN ist es, in breiten Bündnissen die unmittelbaren Interessen und Bedürfnisse der Menschen mit diesen zu artikulieren, zu bündeln und ihnen im parlamentarischen Raum zur Durchsetzung zu verhelfen.

**Alexander Schlager**

## MIETEN RUNTER

Vor einem Jahr sind wir mit unserer Mietenkampagne MIETEN RUNTER an die Öffentlichkeit gegangen. Gründe gibt es genug: In Baden-Württemberg liegen nicht nur die Hälfte der 30 teuersten Städte in Deutschland. Wohnen frisst für viele immer mehr vom monatlichen Einkommen. Zusätzlich zu den immer weiter steigenden Mieten gehen die Nebenkosten durch die Decke. Die Mietpreise kennen nur eine Richtung und die Wohnungspolitik der letzten Jahrzehnte konnte den Aufwärtstrend nicht stoppen. Dabei hatte DIE LINKE in Berlin mit dem Mietendeckel gezeigt wie es bundesweit gehen könnte: Mit einer festgelegten Mietobergrenze kann der Mietenanstieg verhindert und überhöhte Mieten abgesenkt werden. Gleichzeitig fehlen 700.000 Wohnungen in Deutschland. Während das Bauen immer teurer wird, stehen Wohnungen leer oder werden als möblierte Apartments für horrenden Summen vermietet. Immobilienkonzerne wie Vonovia und Co. pressen ihre Mieterinnen und Mieter immer weiter aus, während die Wohnqualität immer weiter abnimmt. Der Mietenwahnsinn wird erst gestoppt, wenn Wohnen nicht weiter dem Markt überlassen wird. Nicht das Mantra "bauen, bauen, bauen" wird die Wohnungskrise beheben, sondern eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik, die am Menschenrecht auf Wohnen und nicht an den Profiten von Vonovia und Co. orientiert ist.

Mit unserer Kampagne wollen wir linke Mietenpolitik in den Kommunen und den Kreisverbänden vernetzen und auf Landesebene eine laute Stimme für die Mieterinnen und Mieter im Land werden. Im letzten Jahr konnten wir beim Housing Action Day Ende März und bei weiteren Aktionen, Infoständen und

Kundgebungen mit unserem Miethai landesweit auf das Thema aufmerksam machen. Im Juli haben wir bei einem zweitägigen Kampagnenworkshop in Karlsruhe Multiplikator\*innen für die Kampagne ausgebildet und im November war in Stuttgart unsere erste landesweite Mietenkonferenz. Die Kommunalwahl im kommenden Jahr wollen wir mit unseren Ideen für eine linke Wohnungspolitik verbinden. Mit einem Volksantrag für bezahlbaren Wohnraum werden wir landesweit „Mieten runter!“ fordern. Der Landesausschuss hat im März beschlossen, den Start für den Volksantrag auf das Frühjahr 2024 zu legen – damit können wir den Wahlkampf mit dem Auftakt zur Unterschriftensammlung für den Volksantrag verbinden. Landesweit müssen wir ca. 39.000 Unterschriften – das sind 0,5 Prozent der Wahlberechtigten – sammeln, damit sich der Landtag mit unseren Vorschlägen für bezahlbaren Wohnraum, die das Wohnen nicht dem Markt überlassen, auseinandersetzen muss. Im Laufe des Jahres wollen wir die Forderungen für den Volksantrag weiter ausarbeiten. Im Sommer werden wir wieder mit unserem Miethai durch Baden-Württemberg touren und die Menschen im Land davon überzeugen, dass es eine soziale und ökologische Antwort gegen die immer weiter steigenden Mieten gibt.

Zur Vorbereitung landesweiter Aktionen und des Volksantrags trifft sich der Kampagnenrat regelmäßig online. Alle interessierten Mitglieder sind dazu herzlich Willkommen. Du willst mitmachen? Dann schreib uns einfach eine Mail an [mietenaufbruch@linke-bw.de](mailto:mietenaufbruch@linke-bw.de)

**Von Sahra Mirow und Lisa Neher**



Der Miethai bei der Mietenkampagne in Mannheim

## Tübinger Linke: Palmer hat sich selbst zum Verlierer gemacht

Die Grünen haben ein Problem weniger, aber die Ratsfraktionen haben eins mehr. Das kommt im Tagblatt zu kurz. Der Oberbürgermeister schadet der Stadt Tübingen, ihrem weltoffenen Charakter und ihrer international geprägten Einwohnerschaft. Sein Verhalten ist nicht mehr zumutbar. Mit seinen unsäglichen Äußerungen hat sich das Stadtoberhaupt selbst zum Verlierer gemacht. Er ist kein Opfer, das sich mit dem Holocaust vergleichen kann, sondern er provoziert selbst immer wieder mit rassistischen Mustern. Er verletzt damit viele Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dafür hat er spätestens jetzt keinen Rückhalt mehr. Er hat viel Vertrauen zerstört, deshalb ist die ständige Zusammenarbeit schwierig geworden. Eine Auszeit ist vernünftig, aber das reicht nicht. Wenn er sein Verhalten nicht in den Griff bekommt, muss er die Konsequenzen ziehen. Als Grund für den erneuten Skandal sehe ich: Kontrollverlust aufgrund von Egozentrik und medialer Profilierungssucht in Verbindung mit rechtspopulistischen Denkmustern.

**Gerlinde Strasdeit (Linke-Gemeinderatsfraktion) Stellungnahme im Schwäbischen Tagblatt**



## AFD -Landesparteitag - Knüppel aus dem Sack

Am 4. März, fand mit 1200 Menschen erfolgreich die größte antifaschistische Demonstration seit einigen Jahren von der Offenburger Innenstadt zu Oberrheinhalle statt. Nach dem Ende der von AgR (Aufstehen gegen Rassismus) organisierten Kundgebung an der Oberrheinhalle war eine weitere Demonstration des antifaschistischen Bündnisses durch die Offenburger Innenstadt geplant.

Schon als sich der Demozug aus der Stadt der Offenburger Messehalle näherte, wurde klar dass es bei dieser Demonstration nicht friedlich bleiben würde - schon lange bevor es zu der eindeutig gewünschten Eskalation kam. Die Messehalle war weiträumig mit sog. „Hamburger Gittern“ abgesperrt, der Platz vor der Halle war fast ringsum bis auf einen nicht allzu breiten Durchlass mit Einsatzfahrzeugen umstellt, vor der Halle stand die berittene Polizei, die Beamt\*innen trugen zum größten Teil Vermummung, den Schlagstock in der Hand. Schon das Aufgebot war absolut martialisch und nicht auf Kooperation ausgelegt.

Während noch die Redebeiträge gehalten wurden, kam es folgerichtig an den Absperrgittern zu ersten Schlagstockeinsätzen, weil Demonstrant\*innen an einem Gitter ein Transparent befestigen wollten.

Nach den offiziellen Redebeiträgen, in dem viel und gerne das Label von Offenburg als Freiheitsstadt, dass Offenburg bunt und nicht braun sei, und der antifaschistische Konsens der Demokrat\*innen beschworen wurde, war im Anschluss eine Demonstration durch die Innenstadt geplant. Nach rund 200 Metern wurde aber durch die Polizei klar gemacht, dass jetzt Schluss mit Freiheit ist. Die Demonstration, an der sich etwa 600 Menschen beteiligten, wurde grundlos gewaltsam gestoppt und über 7 Stunden eingekesselt, darunter waren auch etliche Minderjährige. Im Kessel befanden sich auch Genoss\*innen und Aktivist\*innen von Solid bzw. vom SDS. Als fadenscheinige Begründung für die Verweigerung des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit wurde angegeben, dass zwei Transparente vorne in der ersten Reihe zusammengebunden waren. Erneut kam es hier zu Schlagstockeinsätzen mit Verletzten. Als nach dem Angriff durch die Polizei noch ein Feuerlöscher in Richtung der Einsatzkräfte geleert wurde, kam es zu ernsthaften Auseinandersetzungen - und erneut zu Verletzten. „Die Entscheidung der Offenburger Versammlungsbehörde ist auf das schärfste zu verurteilen. Sie zeigt, dass die Stadt Offenburg zusammengeknotete Transparente als größere Gefahr für die Demokratie sieht als die rechtsextreme AfD, die ihren Parteitag am Samstag in der Messehalle der Stadt abhalten konnte, während die Antifaschisten bis zu 7 Stunden von der Polizei festgehalten wurden“ erklärte im Anschluss unsere Genossin Amelie Vollmer vom KV Offenburg gegenüber der Presse. Eine Einschätzung, der wir nur zustimmen können. Fast nur noch ein Detail am Rande ist, dass die Polizei bei der Personalienfeststellung extra langsam machte und diese bis weit in die Dunkelheit in die Länge zog. Auch dass die eingekesselten Demonstrant\*innen über Stunden hinter hochgehaltenen Transparenten über einem Gulli ihre Notdurft verrichten mussten, sagt eine Menge über das Menschenbild der Einsatzleitung aus.

Während dieser Auseinandersetzungen verlor ein Polizeibeamter sein Exemplar des Einsatzplans im Getümmel, wie in Twitter kursierenden Videos zu erkennen ist. Diese Dokumente

wurden zwei Tage später von Unbekannten auf Indymedia hochgeladen. Nachdem dieses Leak in der Öffentlichkeit bekannt wurde, stürmte die Polizei Wohnungen von Antifas in Karlsruhe in der Hoffnung, die verlorenen Dokumente sicherstellen und die Person verhaften zu können, die die Daten hochgeladen hatte. Diese Dokumente enthielten interessante Detailinformationen, die einen Einblick in das Denken der Polizei erlauben. Codewörter wie „Barbarossa“ bei einem Einsatz gegen Antifaschist\*innen einzusetzen, hat schon mehr als nur ein Geschmäcke. Überrascht hat es uns auch, in welchem Umfang da Handynummern von allen möglichen Personen, inklusive der Angestellten der Stadthalle hinterlegt waren. Es wäre mal eine spannende Frage, was Datenschützer\*innen dazu zu sagen hätten.



Wie ist das Vorgehen der Polizei zu bewerten: Es ist kein Zufall, wenn so eine Eskalation ausgerechnet im Zusammenhang mit einem AFD-Parteitag passiert. Es ist konsequent, wenn die Polizei eine an sich völlig friedliche Kundgebung so heftig schikaniert, bis die Eskalation passiert, mit der man hinterher die Demonstrant\*innen kriminalisieren kann. Die Alternative wäre gewesen, die Demo einfach durch die Innenstadt ziehen, vielleicht irgendwo noch Redebeiträge halten zu lassen, dann wäre die Aktion nach 2 Stunden beendet gewesen. Wir ordnen diese Eskalation in eine ganze Reihe von Verhaftungen und Hausdurchsuchungen in Linken Zentren und bei bekannten Antifas ein. Am Tag

vor dem Parteitag in Offenburg wurde in Augsburg ein Linkes Zentrum gerazzt, zusätzlich zu der Razzia in Karlsruhe wurden auch in Leipzig und Jena Wohnungen durchsucht. Bei all diesen Razzien wurden Handys und Speicherkarten, Laptops und Computer beschlagnahmt. Wir gehen von einer zur Zeit erhöhten Repressionsgefahr für Antifaschist\*innen aus. Deswegen raten wir euch auf jeden Fall dazu, sich mit dem Thema Verschlüsselung von Datenträgern und E-Mails zu beschäftigen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch das Verhalten der bürgerlichen Presse, von „Badischer Zeitung“ bis „Die Zeit“ und „Süddeutscher Zeitung“. Überall wurde über diese Eskalation berichtet, unisono wurde aber nur die Pressemitteilung der Polizei unkommentiert wiedergegeben, die nur die üblichen Narrative der Polizei bediente.

Die Polizei hat in Offenburg sehr deutlich gezeigt, auf welcher Seite sie steht. Sie hat aktiv und mit Gewalt antifaschistischen Protest von Demokrat\*innen verhindert, sie hat dabei nicht einmal den Versuch unternommen, mit den Demonstrant\*innen zu verhandeln oder Bedingungen auszuhandeln. Das ist das Auftreten eines politischen Akteurs mit massiven Demokratiedefiziten. Und das in einem Land, in dem fast wöchentlich über Neonazi-Aktivitäten bei der Polizei berichtet wird. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Habt ihr Lust euch intensiver mit diesem Thema zu beschäftigen? Die LAG Sicherheitsbehörden beschäftigt sich nicht nur mit Polizeigewalt und Polizeigesetzen, auch die Arbeit von Sicherheitsdiensten wird von uns kritisch begleitet. Letztere sind ja insbesondere auf kommunaler Ebene als lokale sogenannte Ordnungsdienste oder als Securities auf Veranstaltungen von Interesse. Wenn Du Lust hast an diesem Thema zu arbeiten, schick uns eine E-Mail an [linkepolizeiag@die-linke-bw.de](mailto:linkepolizeiag@die-linke-bw.de). Dann laden wir dich zu unserem nächsten Treffen ein.

**Henric Meyer, Freiburg, LAG Sicherheitsbehördenv**

## Die LINKE BW beteiligte sich landesweit an den Ostermärschen

Am 24. März 2022 begann der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine, den wir als LINKE Antikriegspartei aufs Schärfste verurteilen. Die andauernden Kampfhandlungen, Vertreibungen, Vergewaltigungen, Misshandlungen und die Zerstörung von ziviler Infrastruktur führen zu unermesslichem Leid. Hunderttausende Soldat\*innen und Zivilist\*innen wurden in diesem Krieg bereits getötet, verwundet und unzählige Menschen sind teils schwer traumatisiert. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Jedes Opfer ist ein Opfer zu viel. Und bisher ist kein Ende dieses Krieges in Sicht.

Deswegen ist es unerlässlich, dass endlich ein Weg aus der Sackgasse von Krieg und Gewalt gesucht wird, sonst sterben immer mehr Menschen in einem brutalen Abnutzungskrieg. Doch die Kriegsparteien rüsten immer weiter auf. So schickt Putin immer mehr Reservisten und die berüchtigte Wagner-Truppe in den sicheren Tod und auch in der Ukraine kommt es zu Zwangsrekrutierungen. Westliche Staaten, darunter die Bundesrepublik, versorgen die ukrainische Regierung sowohl mit Waffen und Munition. Russland und die Ukraine befinden sich in einer militärischen Patt-Situation und die Aufrüstungsspirale dreht sich weiter. Dies birgt die Gefahr einer unkalkulierbaren

benötigten Investitionen in den Sozialstaat, das Gesundheitssystem und den Klimaschutz massiv leiden werden. Die massiv verstärkte Rüstungsproduktion verschärft die Klimakrise deutlich, denn es gibt keine CO<sub>2</sub>-neutralen Hochöfen zu Herstellung von Panzerstahl. Hochrüstung und die Bekämpfung der Klimakrise schließen sich gegenseitig aus.

Neben den Ukrainer\*innen zahlen die Menschen im globalen Süden durch wachsenden Hunger und steigende Armut den größten Preis für diesen Krieg. Auch hierzulande steigen die Lebenshaltungskosten drastisch und soziale Ungleichheiten wachsen. Zugleich sorgt die zunehmende Militarisierung für ein Wiederaufleben längst überwunden geglaubter gesellschaftlicher Leitvorstellungen, Geschlechterbilder und reaktionärer Ideale.

Wir als LINKE sehen in den bisherigen Reaktionen auf den Krieg keine Perspektive zur Lösung des militärischen Konflikts. Zu viele wichtige Aspekte werden dabei ausgeblendet. Besonders zu kritisieren ist dabei der fehlende internationalistische Blickwinkel. Die Bundesregierung und andere westliche Staaten liefern bisher weder ernsthafte eigene diplomatische Initiativen zur Beilegung des Krieges über den Verhandlungsweg, noch unterstützen sie diplomatische Vorstöße anderer Akteure aktiv.

Solche Initiativen sind bereits kurz nach dem russischen Angriff durch den israelischen Ex-Premier Naftali Bennett erfolgt und werden aktuell durch den brasilianischen Präsidenten Lula Da Silva und China vorangetrieben. Nicht zuletzt, weil der globale Süden von den Auswirkungen des Krieges stark betroffen ist, sollten seine Vertreter\*innen in Lösungsprozesse eingebunden sein.

**Wir als Landesverband DIE LINKE Baden-Württemberg fordern daher:**

- Solidarität mit allen vom Krieg Betroffenen,
- eine absolute Priorität für humanitäre Hilfe für die ukrainische Bevölkerung, die Versorgung von Geflüchteten und den Schutz der Zivilbevölkerung,
- die Unterstützung diplomatischer Lösungen und Verhandlungen durch die Bundesregierung zur schnellstmöglichen Beilegung des Krieges und einen umfassenden Waffenstillstand,
- den Rückzug der russischen Truppen aus den von ihnen besetzten Gebieten,
- Asyl für russische, belarussische und ukrainische Kriegsdienstverweigerer\*innen und Deserteur\*innen,
- den sofortigen Stopp der Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet durch die Bundesregierung, die NATO und EU-Staaten; selbstverständlich verurteilen wir sämtliche Rüstungsexporte in die Kriegsregion - auch solche aus China oder dem Iran,
- Stopp der Hochrüstung der Bundeswehr, keine 100 Milliarden für die Aufrüstung der Bundeswehr, sondern Investitionen in Soziales, Bildung und Klimaschutz.

„Die Waffen Nieder!“ - so lautet seit fast 150 Jahren der Leitsatz der Friedensbewegung. Gespeist durch die schmerzlichen Erfahrungen, dass, unabhängig von den Zielen, welche die Konfliktparteien anführen, Leid und Zerstörung die Hauptauswirkungen von Krieg bleiben, muss auch heute das Ende von Krieg und Gewalt, die oberste politische Priorität sein. Als Landesverband DIE LINKE rufen wir deswegen auf sich an den diesjährigen Ostermärschen zu beteiligen.

**Beschluss des Landesausschuss vom 25.3.2023:**



Genoss:innen und Landessprecher Elwis Capece beim Ostermarsch

militärischen Eskalation, da beide Seiten auf immer zerstörerischere Waffensysteme setzen, um das militärische Patt zu durchbrechen. Dabei wird inzwischen auch der Einsatz völkerrechtlich verbotener Waffen, wie Streumunition und Phosphorbrandwaffen, in Betracht gezogen. Im schlimmsten Fall droht eine nukleare Eskalation.

Zugleich betrachten wir die Reaktionen der Bundesregierung auf den Krieg mit größter Besorgnis. Sie startete ein in der Geschichte der Bundesrepublik beispielloses Rüstungsprogramm. Kurz nach Beginn des Krieges beschloss die Ampel-Koalition Seite an Seite mit der Union Sonderschulden in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr. Mittlerweile ist klar, dass diese 100 Milliarden Euro nur der Auftakt sind. Zwischenzeitlich sind auch Summen von bis zu 300 Milliarden in der Diskussion. Diese immer stärker voranschreitende Militarisierung lehnen wir entschieden ab. Schon jetzt ist klar, dass unter diesem enormen Aufrüstungsprogramm die dringendst

## Einberufung Landesparteitag

Der Landesvorstand beruft für den 14./15. Oktober 2023 einen Landesparteitag ein.

Ort: Filderhalle, Bahnhofstraße 61, 70771 Leinfelden-Echterdingen.

**Tagesordnungspunkte des Landesparteitages werden u.a. sein:** Frauenplenum, Neuwahl des Landesvorstandes, Neuwahl der Landesfinanzrevision, Neuwahl der Landesschiedskommission, Beschluss der kommunalpolitischen Eckpunkte  
Die Kreisverbände werden gebeten zu überprüfen ob die bereits gewählten Parteitagdelegierten noch zur Verfügung stehen (z.B. wegen Umzug oder Austritt) und die gewählten Ersatzdelegierten über den Termin zu informieren oder eine Nachwahl zu organisieren.

**Antragsfristen:** Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung: 18. August 2023, reguläre Anträge an den Landesparteitag: 1. September, 2023- Änderungsanträge zu eingereichten Anträgen: 29. September 2023



## Einladung zu vier regionalen Mitgliederversammlungen

### Wahl der 30 Vertreter:innen zur Wahl der Bundesliste zur Europawahl

Von September 2023 bis Oktober 2023 finden vier Regional-konferenzen für die vier Regierungsbezirke in Baden-Württembergs statt. Dazu lädt der Landesvorstand alle Mitglieder im jeweiligen Regierungsbezirk herzlich ein. Folgende Tagesord-nungspunkte sind auf allen vier Versammlungen vorgesehen.

1. Im Mai oder Juni 2024 finden am gleichen Tag die Europawahlen und die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg statt. Darauf bereiten wir uns auf den Regional-konferenzen vor.
2. Direktwahl der Vertreter:innen des jeweiligen Regierungsbezirks für die Bundesvertreter:innenversammlung\* zur Aufstellung der Bundesliste für die Wahl zum Europäischen Parlament 2024.

\* **Hinweis zum Europaparteitag:** Am 17.-19.11.2023 findet in Augsburg der Europaparteitag der LINKEN statt. Die (bereits gewählten) Bundesparteitagsdelegierten fassen dort Beschluss zum Wahlprogramm für die Europawahl und zu weiteren Themen am 17. und 18.11.2023. Die (noch zu wählenden) Vertreter:innen wählen in einer gesonderten (!) Wahlversammlung am gleichen Wochenende (18.11. bis 19.11.) am gleichen Ort in Augsburg die Bundesliste der LINKEN für das Europa-parlament. Die 30 Vertreter:innen aus Baden-Württemberg werden auf Beschluss des Landesvorstands auf Regierungsbe-zirksebene in regionalen Mitgliederversammlungen gewählt. Unsere zu wählenden Vertreter:innen dürfen (müssen aber nicht) mit den bereits gewählten Parteitagsdelegierten iden-tisch sein. Stimmberechtigt bei dieser Wahl sind Mitglieder, die das 18. Lebensjahr erreicht, den Hauptwohnsitz im Regie-rungsbezirk und eine EU-Staatsbürgerschaft haben.

Die Vertreter:innen und Ersatzvertreter:innen in den vier Re-

gierungsbezirken sind entsprechend Satzung jeweils quotiert zu wählen. Zahl der Mandate: Nordwürttemberg (10), Nordba-den (10), Südwürttemberg (4), Südbaden (6).

Die vier Regionalkonferenzen finden statt für:

#### Nord-Württemberg\*

**In Stuttgart, Sonntag, 17. September 2023, 11:00 h.**

Clara-Zetkin-Haus, Gorch-Fock-Straße 26, 70619 Stuttgart  
Eingeladen sind die stimmberechtigten Mitglieder aus den Kreisverbänden Stuttgart, Böblingen, Esslingen, Göppingen, Heidenheim, Heilbronn (insofern die Mitglieder im Bereich des Regierungspräsidiums Stuttgart wohnen), Hohenlohe/Schwä-bisch-Hall, Ludwigsburg, Main-Tauber, Ostalb, Rems-Murr.

#### Südbaden\*

**In Freiburg, Samstag den 23. September 2023, 12:00 h.**

Ort: Hebelschule, Engelbergerstraße 2, 79106 Freiburg i.B.  
Eingeladen sind die stimmberechtigten Mitglieder aus den Kreisverbänden Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Freiburg, Konstanz, Lörrach, Ortenau, Schwarzwald-Baar-Heuberg, Waldshut.

#### Süd-Württemberg\*

**In Reutlingen, Sonntag den 24. September 2023, 11:00 h.**

Ort: Linke-Büro; Karlstraße 16 (Eingang Mauerstraße) in 72764 Reutlingen, (Nähe HBF). Eingeladen sind die stimm-berechtigten Mitglieder aus den Kreisverbänden Biberach, Bodensee, Ravensburg, Reutlingen, Zollernalb-Sigmaringen, Tübingen, Ulm/Alb-Donau.

#### Nordbaden\*

**In Karlsruhe, Samstag 30. September 2023, 11:00 h.**

Ort: Gewerkschaftshaus, Ettlinger Str. 3A, 76137 Karlsruhe  
Eingeladen sind die stimmberechtigten Mitglieder aus den Kreisverbänden Baden-Baden/Raststatt, Calw-Freudenstadt, Heidelberg/Badische Bergstraße, Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim, Rhein-Hardt und die Mitglieder des Kreisverbands Heilbronn die im Regierungsbezirk Karlsruhe wohnen.



## Wahlentscheidung über Demokratie und Frieden oder Fortsetzung von Diktatur und Faschismus in der Türkei Grüne Linkspartei eröffnet Wahlinformationsbüro bei der LINKEN Karlsruhe

Am 14. Mai fanden in der Türkei die vorge-zogenen Präsidentschafts- und Parlaments-wahlen statt. In Deutschland konnte bei den Konsulaten vom 27.04. bis zum 09.05. gewählt werden. Dazu hat die Grüne Linkspartei YSP in Karlsruhe den Räumen des Kreisbüros der LINKEN ein Informationsbüro eröffnet.

Zur Eröffnung fand am 21.04. eine Kund-gebung auf dem Werderplatz, auf der u.a. Bedia Özgökçe Ertan, frühere HDP-Parlament-sabgeordnete und Oberbürgermeisterin von Wan, Sabine Skubsch, Rudolf Bürgel und Karin Binder sprachen. Nach der Kundgebung fand die Eröffnung des Wahlbüros statt. Das Band am Eingang wurde von Frauen durchschnit-ten. Nach kurzen Reden wurde gefeiert und getanzt.

### Unsere Schwesterpartei HDP kandidiert mit anderen Parteien der türkischen Linken auf der Liste der Grünen Linkspartei YSP.

Es ist für die Genoss:innen unserer Schwesterpartei HDP und den Genoss:innen und Freund:innen des Bündnisses mehr als ein Akt der internationalen Solidarität. Sie brauchen für einen Monat Orte, wo sie sich mit den Wähler:innen (Leuten mit türkischem Pass) treffen können, den Schritt der HDP und ihrer Kandidatur auf den Listen der Grünen Linkspartei erläutern und die vielen Fragen beantworten. Wir als DIE LINKE können so auch einen kleinen Beitrag für den möglichen Sturz des Erdogan-Präsidialsystems und der reaktionären AKP und faschistischen MHP Regierung leisten.

**Rudolf Bürgel, Karlsruhe**



# U35-KONFERENZ 2023

## SCHWERPUNKTE: EUROPA, KOMMUNALES & LINKE IN AKTION



**Save the Date: U35-Konferenz  
vom 24.-25. Juni • Internationale  
Jugendherberge, Stuttgart**

*Informationen zum Programm und zur Anmeldung  
demnächst unter [www.die-linke-bw.de](http://www.die-linke-bw.de)*

**U35-KONFERENZ 2022 IN BIBERACH**

